

Demografischer Wandel in Deutschland



Heft 3

Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung
und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern

Ausgabe 2009

Demografischer Wandel in Deutschland

Heft 3

Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung
und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern

Ausgabe 2009

Herausgeber:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30
www.destatis.de/kontakt

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

zum Thema Kinderbetreuung

Thüringer Landesamt für Statistik
99091 Erfurt
Telefon: +49 (0) 361 / 37 84 440
Telefax: +49 (0) 361 / 37 84 402
www.statistik.thueringen.de
E-Mail: Silke.Scholze@statistik.thueringen.de

zum Thema Schülerpotenzial

Hessisches Statistisches Landesamt
65185 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 / 38 02 320
Telefax: +49 (0) 611 / 38 02 390
www.statistik-hessen.de
E-Mail: schulen@statistik-hessen.de

Erscheinungsfolge: einmalig
Erschienen im Januar 2009

Kostenfreier Download im Internet: www.statistikportal.de

Fotorechte: © Saarland Öffentlichkeitsarbeit/ATB-Iris Maurer

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, nur auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Einführung	4
Teil 1 Entwicklung der Bevölkerung im Alter von unter 25 Jahren	5
Teil 2 Kindertagesbetreuung heute und in Zukunft	7
2.1 Kindertagesbetreuung heute in Bund und Ländern	7
2.2 Entwicklung der Anzahl betreuter Kinder in Deutschland bis 2020	10
2.3 Entwicklung der Anzahl betreuter Kinder in den Bundesländern bis 2020	16
Teil 3 Schülerzahlen heute und in Zukunft	23
3.1 Vorbemerkung	23
3.2 Schüler an allgemein bildenden Schulen 1992 bis 2020	25
3.3 Ausblick	35
Anhang 1: Unterschiede zum Berechnungsmodell der Kultusminister- konferenz	36
Anhang 2: Länderspezifische Regelungen zur früheren Einschulung und zur Einführung des Abiturs nach 8 Jahren	38
Literaturverzeichnis	39
Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	41

Zeichenerklärung

- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- = nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten

Das dritte Heft der Reihe „Demografischer Wandel in Deutschland“ zeigt, wie sich der absehbare Bevölkerungsrückgang auf die Zahl vorschulisch zu betreuender Kinder und das Schülerpotenzial auswirken könnte. In Vorausberechnungen bis zum Jahr 2020 wird die zukünftige Situation in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern dargestellt. Das Heft schließt an die beiden bisher veröffentlichten Hefte an. In Heft 1 wird die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung und die daraus abgeleitete Entwicklung der Zahl und Struktur privater Haushalte aufgezeigt¹⁾ und in Heft 2, wie sich der demografische Wandel auf die Zahl der in Krankenhäusern stationär behandelten Patientinnen und Patienten sowie die Zahl der Pflegebedürftigen auswirken könnte²⁾. Bei allen Publikationen dieser Reihe handelt es sich um gemeinsame Veröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Basis der Analysen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels ist die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.³⁾ In dieser Bevölkerungsvorausberechnung wurden mehrere Varianten mit unterschiedlichen Annahmen zur Geburtenentwicklung, zur Lebenserwartung und zu den grenzüberschreitenden Wanderungen erstellt. Für die hier vorliegenden Vorausberechnungen zur Kinderbetreuung und zur Schülerzahl wurde die Variante der sogenannten „Untergrenze der mittleren Bevölkerung“ herangezogen. Da die Annahmen zur Binnenwanderung – Wanderungen zwischen den Bundesländern – nur bis zum Jahr 2020 reichen, wurden die weiteren Vorausberechnungen nur bis zum Jahr 2020 erstellt.

Im ersten Teil des Heftes wird ein kurzer Überblick über die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im Alter von unter 25 Jahren gegeben. Teil 2 zeigt anhand verschiedener Szenarien, welche Folgen der demografische Wandel auf die Zahl der betreuten Kinder im Vorschulalter haben dürfte. Insbesondere bei Kindern unter 3 Jahren führt der angestrebte Ausbau an Kindertagesbetreuung in den alten Bundesländern trotz sinkender Kinderzahlen zu einem deutlichen Anstieg der Zahl betreuter Kinder.

In Teil 3 werden die Folgen des Bevölkerungsrückganges auf die Zahl der Schüler in der Primarstufe sowie in der Sekundarstufe I und II an allgemein bildenden Schulen dargelegt. Für diese Berechnungen wurde das heute zu beobachtende Verhalten beim Übergang zwischen diesen drei Stufen zugrunde gelegt. Aufgrund länderspezifischer Unterschiede wurden die Berechnungen für beide Teile länderspezifisch durchgeführt. Die jeweiligen Summen der Länderergebnisse ergeben das Bundesergebnis.

Neben diesen zwischen Statistischem Bundesamt und statistischen Landesämtern koordinierten Vorausberechnungen wurden in den letzten Jahren von einigen Bundesländern eigenständige Vorausberechnungen zu möglichen Folgen des demografischen Wandels auf regionaler Ebene erstellt.⁴⁾ Im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) werden zudem in mehrjährigen Abständen Vorausberechnungen zur Entwicklung der Schülerzahlen vorgenommen.⁵⁾ Aufgrund unterschiedlicher Annahmen und methodischer Unterschiede können die hier vorgestellten Ergebnisse der koordinierten Vorausberechnungen von diesen Vorausberechnungen abweichen.

1) Siehe Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007.

2) Siehe Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2008.

3) Siehe Statistisches Bundesamt 2006a, 2006b und 2007a.

4) Siehe u. a. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen 2006 und 2007, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2005, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2004.

5) Siehe hierzu Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 2007.

Teil 1 Entwicklung der Bevölkerung im Alter von unter 25 Jahren

Die in dem Heft dargestellten Szenarien zu den Auswirkungen des demografischen Wandels beschränken sich für den Bereich der Kinderbetreuung auf die Altersgruppe der unter 7-Jährigen und für den Bereich Bildung auf die Gruppe der 6- bis unter 25-Jährigen in schulischer Ausbildung. Aus den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung geht hervor, dass die jüngeren Bevölkerungsgruppen in Deutschland in dem hier betrachteten Zeitraum bis 2020 deutlich abnehmen dürften. Gemäß der Variante „Untergrenze der mittleren Bevölkerung“ der Bevölkerungsvorausberechnung wird die Zahl der unter 25-Jährigen in Deutschland von 20,8 Millionen im Jahr 2007 auf 17,7 Millionen im Jahr 2020 sinken. Die Variante „Untergrenze der mittleren Bevölkerung“ geht von den Annahmen einer annähernd konstanten Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern je Frau, einem Anstieg der Lebenserwartung Neugeborener bis zum Jahr 2020 auf 79,0 Jahre (Jungen) bzw. 84,2 Jahre (Mädchen) und einem jährlichen Außenwanderungssaldo von + 100 000 Personen aus. Ausführliche Informationen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und in den Bundesländern können dem Heft 1 dieser Reihe und den darin enthaltenen Hinweisen entnommen werden.⁶⁾

Im Jahr 2020 werden 3,1 Millionen weniger unter 25-Jährige in Deutschland leben als im Jahr 2007

Für die vorschulische Kinderbetreuung ist insbesondere die Altersklasse der unter 6-Jährigen von Interesse. Wie Tabelle 1 zeigt, ist ausgehend von den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung damit zu rechnen, dass die Zahl der unter 6-Jährigen von heute 4,2 Millionen Kindern auf 3,9 Millionen in 2020 sinkt. Bis zum Jahr 2020 ist der Rückgang bei den unter 3-Jährigen (– 5,8 %) schwächer als bei den 3- bis unter 6-Jährigen (– 8,7 %); bis zum Jahr 2030 wird in beiden Altersklassen die Zahl der Kinder gegenüber 2007 in nahezu gleichem Ausmaß (– 15,9 % bzw. – 15,7 %) gesunken sein. Insbesondere die Zahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren wird zukünftig jedoch wesentlich stärker von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als von der demografischen Entwicklung bestimmt. Im Zuge des geplanten Ausbaus des Betreuungsangebotes für unter 3-Jährige insbesondere in den alten Bundesländern ist trotz des Rückgangs in dieser Altersgruppe mittelfristig mit einem Anstieg der Zahl betreuter Kinder zu rechnen. Dies wird in den in Abschnitt 2 dargestellten Szenarien zur Zahl der zukünftig betreuten Kleinkinder gezeigt.

Zahl der Kinder unter 6 Jahren sinkt bis 2020 um 7 %

Überschneidungen zwischen vorschulischer Kinderbetreuung und Einschulung gibt es vor allem im Alter von 6 Jahren. Für die in den Abschnitten 2 und 3 dargestellten Vorausberechnungen wurde diese Altersklasse modellmäßig nach Bundesländern auf zu betreuende Vorschulkinder und Schulkinder aufgeteilt. Bereits eingeschulte Kinder, die parallel eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen oder in Tagespflege betreut werden, werden nicht in die Vorausberechnung betreuter Kinder einbezogen, sondern in Teil 3 dem Schülerpotenzial zugeordnet, sodass Doppelzählungen vermieden werden. Vereinfachend kann hier anhand der Altersgruppe der 6- bis unter 10-Jährigen gezeigt werden, wie sich das Potenzial der Schüler in der Primarstufe entwickeln dürfte. Bis 2020 wird in Deutschland die Zahl der Kinder in dieser Altersgruppe um 14,8 % fallen.

Rückgang der 6- bis unter 10-Jährigen bis 2020 um 15 %

Die Altersgruppe der 10- bis unter 16-Jährigen stellt das Potenzial der Schüler in der Sekundarstufe I dar. Deren Zahl wird im Jahr 2020 um 16,9 % niedriger liegen als im Jahr 2007. Noch stärker fällt der Rückgang bei den 16- bis unter 19-Jährigen aus, die im Wesentlichen das Potenzial der Schüler in der Sekundarstufe II bilden.

6) Siehe Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007.

Rückgang der jüngeren Bevölkerung setzt sich auch nach 2020 weiter fort

Während nahezu alle Kinder in den betreffenden Altersgruppen im Primarbereich und in der Sekundarstufe I eine Schule aufsuchen, ist die Zahl der Schüler in der Sekundarstufe II nicht allein von der demografischen Entwicklung abhängig, sondern vom individuellen Verhalten und von gesellschaftlichen bzw. bildungspolitischen Rahmenbedingungen. Auch aus der Gruppe der 19- bis unter 25-Jährigen befinden sich noch Personen im allgemein bildenden Schulbereich. Da vorschulische Kinderbetreuung und schulische Ausbildung länderspezifische Unterschiede aufweisen bzw. die Ausgestaltung des schulischen Bildungswesens vor allem eine Aufgabe der Bundesländer ist, können Vorausberechnungen zum zukünftigen Potenzial von betreuten Kindern und Schülern nur auf der Länderebene ansetzen. In der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung werden Annahmen zur Binnenwanderung, d. h. hier Wanderungen zwischen den Bundesländern, nur bis zum Jahr 2020 getroffen. Daher werden Vorausberechnungen zur Kinderbetreuung und zur schulischen Bildung nur bis zum Jahr 2020 erstellt. Der Rückgang der jüngeren Bevölkerung dürfte sich, wie die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland zeigen, auch nach dem Jahr 2020 in allen Altersgruppen weiter fortsetzen. Zusammengefasst sinkt die Zahl der unter 25-Jährigen zwischen 2020 und 2030 um nochmals knapp 1,5 Millionen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die demografische Entwicklung nach 2020 auf die Zahl der betreuten Vorschulkinder und zumindest auf das Schülerpotenzial in der Primarstufe und der Sekundarstufe I weiter unmittelbar auswirkt.

Tabelle 1: Entwicklung kinderbetreuungs- und schulrelevanter Altersgruppen in Deutschland*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Jahr		
	2007	2010	2020
	Anzahl in 1 000		
Bevölkerung insgesamt	82 218	81 887	80 057
darunter			
unter 3	2 051	1 965	1 932
3 – 6	2 142	2 022	1 956
6 – 10	3 079	2 896	2 624
10 – 16	4 854	4 767	4 032
16 – 19	2 805	2 484	2 194
19 – 25	5 850	5 866	4 947
unter 25	20 780	20 000	17 685
	Veränderung gegenüber 2007 in %		
Bevölkerung insgesamt	X	- 0,4	- 2,6
darunter			
unter 3	X	- 4,2	- 5,8
3 – 6	X	- 5,6	- 8,7
6 – 10	X	- 5,9	- 14,8
10 – 16	X	- 1,8	- 16,9
16 – 19	X	- 11,5	- 21,8
19 – 25	X	+ 0,3	- 15,4
unter 25	X	- 3,8	- 14,9

*) 2007: Ergebnisse der Bevölkerungsforschung; ab 2010 Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung in der Variante „Untergrenze der mittleren Bevölkerung“.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Teil 2 Kindertagesbetreuung heute und in Zukunft

Kindertagesbetreuung ist ein wichtiger Aspekt der Alltagswirklichkeit von Eltern. Ein ausreichendes Angebot zur Betreuung von Kindern in unterschiedlichen Altersstufen ist wesentliche Voraussetzung zur zufriedenstellenden Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter. Kindertagesbetreuung bedeutet dabei nicht nur die Versorgung von Kindern über einen Teil des Tages in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege. Grundlegende Elemente sind auch die Aspekte Erziehung und Bildung, durch deren Einbeziehung der umfassende, ganzheitliche pädagogische Auftrag der Arbeit in Tageseinrichtungen deutlich wird. Außerdem vermittelt Tagesbetreuung Kindern, die heute häufig ohne oder nur mit einem Geschwister aufwachsen, wichtige Sozialisierungserfahrungen.

Nach der Einführung des Rechtsanspruches auf Tagesbetreuung für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr seit Januar 1996 wurde im Herbst 2008 eine gesetzliche Regelung für einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres beschlossen. Zielvorgabe ist, bis zum Jahr 2013 mehr als jedem dritten Kind unter 3 Jahren in Deutschland (35 %) ein Betreuungsangebot machen zu können und gleichzeitig den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung auf Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr auszuweiten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des 2007 neu eingeführten Bundeselterngeldes, das zurzeit Leistungen für die ersten 12 bis maximal 14 Lebensmonate eines Kindes vorsieht, liegt der Schwerpunkt des Ausbaus von Tagesbetreuungsangeboten bei Kindern unter 3 Jahren. Die Auswirkungen dieser neuen familienpolitischen Leistung auf die Zahl der betreuten Kinder können ebenso wenig abgeschätzt werden wie die für 2013 geplante Einführung eines „Betreuungsgeldes“ für Eltern, die ihr unter 3-jähriges Kind zu Hause betreuen.

2.1 Kindertagesbetreuung heute in Bund und Ländern

Im März 2007 haben bundesweit die Eltern von rund 321 000 Kindern unter 3 Jahren Angebote der Kindertagesbetreuung als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und Betreuung in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe (Betreuungsquote) lag in Deutschland bei rund 16 %. Damit erhöhte sich die Betreuungsquote um zwei Prozentpunkte gegenüber März 2006 (14 %). Die Erhöhung beruht auf der Zunahme der Zahl der betreuten Kinder um rund 34 000 bei gleichzeitiger Reduzierung der Zahl der Kinder in dieser Altersgruppe um rund 35 000. Auch in den kommenden Jahren dürfte, wie die Modellrechnungen in den nachfolgenden Abschnitten zeigen, in Folge der Ausweitung des Betreuungsangebotes die Zahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren trotz insgesamt sinkender Kinderzahl weiter steigen.

Die Betreuungsquote der 3- bis unter 7-Jährigen ist mit 81 % deutlich höher als die der unter 3-Jährigen. Nach den Ergebnissen der „Statistik der Kindertagesbetreuung“ waren im März 2007 rund 2 380 000 Kinder zwischen 3 bis unter 7 Jahren in einer Kindertagesbetreuung. Auch in dieser Altersgruppe ist die Betreuungsquote gegenüber März 2006 (79 %) gestiegen. Der Anstieg der Besuchsquote im März 2007 gegenüber dem Vorjahr beruht auf dem Rückgang der Anzahl der 3- bis unter 7-Jährigen um 70 000 bei gleichzeitiger Reduzierung der Zahl der betreuten Kinder um nur 16 000.

In der Altersgruppe der unter 3-Jährigen zeigen sich im Vergleich des alten und neuen Bundesgebietes (jeweils ohne Berlin) große Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung. Während im März 2007 im alten Bundesgebiet die Betreuungsquote für diese Altersgruppe nur rund 10 % betrug, besuchten in den neuen Ländern rund 41 % der unter 3-Jährigen eine Tageseinrichtung oder wurden in Tagespflege betreut. In Berlin nahmen 40 % der unter 3-Jährigen einen Betreuungsplatz in Anspruch.

Für jedes sechste Kind unter 3 Jahren wurde 2007 Tagesbetreuung in Anspruch genommen

81 % der 3- bis unter 7-Jährigen 2007 in Kindertagesbetreuung

In den neuen Ländern relativ viermal soviel Kleinkinder in Tagesbetreuung wie in den alten Ländern

Statistiken der Kindertagesbetreuung

Angaben zur Inanspruchnahme des Kindertagesbetreuungsangebotes liefern die Statistiken der Kindertagesbetreuung. Erstmals zum Stichtag 15. März 2006 wurden die Erhebungen zu „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen für Kinder“ sowie „Kinder und tätige Personen in mit öffentlichen Mitteln geförderter Kindertagespflege“ nach neuem Erhebungskonzept durchgeführt. Sie liefern u. a. bundesweit einheitliche Angaben zu den in Kindertagesbetreuung geförderten Kindern. Die Statistik der Kindertagesbetreuung wird jährlich durchgeführt. Die hier dargestellten Ist-Werte gehen bis zum Stichtag 15. März 2007. Daten für 2008 wurden im Dezember 2008 veröffentlicht (siehe hierzu www.destatis.de unter dem Stichwort „Tageseinrichtungen“).

- Tageseinrichtungen für Kinder

Dies sind Einrichtungen, in denen Kinder ganztägig oder für einen Teil des Tages aufgenommen werden. Erziehung, Bildung und Betreuung sind die zentralen Elemente dieses Angebots. Sie verfügen über haupt- oder nebenberufliches Personal. Eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII oder eine vergleichbare Genehmigung muss vorliegen.

- Tagespflege für Kinder (kurz: Kindertagespflege)

Hier werden Kinder ganztägig oder für einen Teil des Tages von einer Tagespflegeperson (Tagesmutter oder Tagesvater) betreut. Kindertagespflege ist neben den Kindertageseinrichtungen eine gleichwertige Form der Kindertagesbetreuung. Im Rahmen der Kindertagesbetreuungsstatistik werden die mit öffentlichen Mitteln durch die Jugendämter geförderten Tagespflegeverhältnisse gezählt. Tagespflegeverhältnisse auf rein privater Basis, bei denen kein Jugendamt in die Vermittlung oder Förderung eingeschaltet ist, werden in dieser Statistik nicht erfasst.

In einigen Bundesländern besuchen Kinder unter 7 Jahren auch vorschulische Einrichtungen oder bereits die Schule und werden dadurch mehrfach gezählt. Weil diese einen Platz in der Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen, wurde die Betreuungsquote in der Gegenwartsbetrachtung nicht um deren Zahl korrigiert. Im Rahmen der Vorausberechnung werden diese Mehrfachzählungen modellhaft korrigiert (siehe Seite 12). Mehrfachzählungen in geringem Umfang existieren auch aufgrund der parallelen Inanspruchnahme von Angeboten einer Kindertageseinrichtung und an Kindertagespflege. Diese Mehrfachzählungen werden bei der Bedarfsermittlung für die kommenden Jahre bis 2020 berücksichtigt.

Große Unterschiede in der Kleinkinderbetreuung zwischen Bundesländern

Die Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen weichen auf Länderebene erheblich voneinander ab. Die höchsten Betreuungsquoten im Jahr 2007 wiesen Sachsen-Anhalt (52 %), Mecklenburg-Vorpommern (44 %), Brandenburg (43 %) und Berlin (40 %) auf. Die höchste Betreuungsquote unter den alten Ländern hatte im März 2007 Hamburg (22 %). In Hessen, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg lag sie jeweils bei rund 12 %. Die wenigsten Kinder unter 3 Jahren besuchten in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (jeweils rund 7 %) eine Kindertageseinrichtung bzw. wurden in Kindertagespflege betreut. Bis auf Thüringen (– 0,4 Prozentpunkte) konnten alle Länder Zuwächse bei der Betreuungsquote im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 aufweisen.

Tabelle 2: Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung am 15. März 2006 und am 15. März 2007

Land	Anzahl		Betreuungsquote (%)	
	2006	2007	2006	2007
Baden-Württemberg	25 605	33 027	8,8	11,6
Bayern	27 308	35 117	8,2	10,8
Berlin	32 445	34 535	37,9	39,8
Brandenburg	22 488	23 993	40,5	43,4
Bremen	1 488	1 696	9,2	10,6
Hamburg	9 798	10 457	21,1	22,2
Hessen ¹⁾	14 602	19 747	9,0	12,4
Mecklenburg-Vorpommern	16 507	16 737	43,1	44,1
Niedersachsen	10 750	14 052	5,1	6,9
Nordrhein-Westfalen	30 710	31 997	6,5	6,9
Rheinland-Pfalz	9 567	11 892	9,4	12,0
Saarland	2 335	2 717	10,2	12,1
Sachsen	32 795	34 104	33,5	34,6
Sachsen-Anhalt	25 735	26 538	50,2	51,8
Schleswig-Holstein	5 504	5 890	7,6	8,3
Thüringen	19 268	18 824	37,9	37,5
Deutschland	286 905	321 323	13,6	15,5
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	137 667	166 592	8,0	9,9
Neue Länder ohne Berlin	116 793	120 196	39,7	41,0

1) 2006 ohne Kinder in Tagespflege in der Stadt Frankfurt am Main.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Auch in der Altersgruppe der 3- bis unter 7-Jährigen zeigten sich Unterschiede bei der Nutzung der Kindertagesbetreuung zwischen Ost und West, wenn auch nicht so deutlich ausgeprägt wie bei den unter 3-Jährigen. So lag die Betreuungsquote im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) im März 2007 mit 79 % um 12 Prozentpunkte niedriger als in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 91 %.

Zwischen 73 % und 93 % der 3- bis unter 7-Jährigen je nach Bundesland in Betreuung

Die höchsten Betreuungsquoten bei den 3- bis unter 7-Jährigen wurden im Jahr 2007 in Sachsen (93 %), Brandenburg (92 %) und Mecklenburg-Vorpommern (91 %) ermittelt, die niedrigste in Berlin (73 %). Im Vergleich zum Vorjahr ist nur in einem Land (Baden-Württemberg) die Betreuungsquote zurückgegangen. In allen anderen Bundesländern stagnierte sie oder erhöhte sich um bis zu gut 3 Prozentpunkte.

Tabelle 3: Kinder von 3 bis unter 7 Jahren in Kindertagesbetreuung am 15. März 2006 und am 15. März 2007

Land	Anzahl		Betreuungsquote (%)	
	2006	2007	2006	2007
Baden-Württemberg	350 662	336 698	82,9	81,9
Bayern	372 820	368 700	77,4	78,6
Berlin	77 130	79 574	70,4	73,1
Brandenburg	68 952	70 902	89,6	91,9
Bremen	17 378	17 025	77,6	78,1
Hamburg ¹⁾	41 677	43 626	70,2	73,6
Hessen ²⁾	186 383	185 862	81,2	83,0
Mecklenburg-Vorpommern	45 566	46 561	90,0	91,4
Niedersachsen	232 175	234 832	73,4	76,8
Nordrhein-Westfalen	525 939	521 400	76,4	77,8
Rheinland-Pfalz	128 002	124 299	84,6	84,8
Saarland	28 911	27 661	84,7	84,7
Sachsen	116 562	118 759	92,0	92,9
Sachsen-Anhalt	62 997	62 917	89,4	90,5
Schleswig-Holstein	81 681	81 799	74,3	76,9
Thüringen	59 095	59 185	87,0	87,0
Deutschland	2 395 930	2 379 800	79,4	80,7
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	1 965 628	1 941 902	78,1	79,4
Neue Länder (ohne Berlin)	353 172	358 324	89,9	91,1

1) In Hamburg besuchten 2007 weitere 7,3 % der Kinder dieser Altersgruppe Vorschulen, die nicht in den Statistiken der Kindertagesbetreuung erfasst werden.

2) 2006 ohne Kinder in Tagespflege in der Stadt Frankfurt am Main.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

2.2 Entwicklung der Anzahl betreuter Kinder in Deutschland bis 2020

Drei Szenarien zur Entwicklung der Kindertagesbetreuung

Wie sich die Anzahl betreuter Kinder in Deutschland zukünftig entwickelt, hängt neben der demografischen Entwicklung von der Inanspruchnahme von und dem Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ab. Die Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen bestimmt die Betreuungsquote, d. h. der Anteil der Kinder einer Altersklasse, der tagsüber in Tagesstätten oder in Tagespflege betreut wird. Um aufzuzeigen, wie sich die Zahl zu betreuender Kinder entwickeln könnte, werden hier drei Modellrechnungen dargestellt. Die Modellrechnungen basieren auf unterschiedlichen Annahmen zur Betreuungsquote. Dafür werden in drei Szenarien

1. die heutigen Betreuungsquoten („Status quo“),
2. die Betreuungsquoten aus einer Befragung von Eltern durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) ⁷⁾ („Elternwunsch“) und
3. die Annahme einer einheitlichen Ziel-Betreuungsquote in den alten Ländern und ein Anstieg der Betreuungsquoten in den neuen Ländern auf das Niveau des Bundeslandes mit der aktuell (2007) höchsten Betreuungsquote

zugrunde gelegt.

7) Siehe Bien, W. und B. Riedel 2007.

Welche Betreuungsquoten für Kinder unter 3 Jahren nach Bundesländern sich im Jahr 2020 dadurch ergeben, zeigt die folgende Tabelle 4. Bei 3- bis unter 7-Jährigen ist schon heute eine hohe Betreuungsquote erreicht, sodass Schwerpunkt der Berechnungen und Darstellungen die Entwicklung bei den Kindern unter 3 Jahren ist.

Tabelle 4: Betreuungsquoten der Kinder unter 3 Jahren im Jahr 2020 in den drei Szenarien in Prozent

Land	Szenario 1 „Status quo“ ¹⁾	Szenario 2 „Elternwunsch“ ²⁾	Szenario 3 „Betreuungsquote 35 % West ³⁾ , 52% Ost“
Alte Bundesländer (ohne Berlin)			
Baden-Württemberg	12	30	35
Bayern	11	27	35
Bremen	11	41	35
Hamburg	22	36	35
Hessen	12	29	35
Niedersachsen	7	28	35
Nordrhein-Westfalen	7	26	35
Rheinland-Pfalz	12	28	35
Saarland	12	32	35
Schleswig-Holstein	8	27	35
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)			
Berlin	40	44	52
Brandenburg	43	44	52
Mecklenburg-Vorpommern	44	59	52
Sachsen	35	47	52
Sachsen-Anhalt	52	65	52
Thüringen	37	59	52

1) Betreuungsquoten 2007.

2) Quoten nach Betreuungswünschen der Eltern gemäß DJI-Kinderbetreuungsstudie.

3) In den alten Ländern (ohne Berlin) wird die Betreuungsquote von 35 % annahmegemäß bereits im Jahr 2013 erreicht.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Methodische Anmerkungen zu den Vorausberechnungen

Die Vorausberechnungen basieren auf den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Dort liegt die Bevölkerungszahl für die einzelnen Altersjahre der unter 7-Jährigen für jedes Vorausberechnungsjahr vor. Mit Hilfe von entsprechend den Szenarien definierten Betreuungsquoten wird – differenziert nach einzelnen Altersjahren – die Anzahl der Kinder ermittelt, die Tagesbetreuung in Anspruch nehmen. Betrachtet wird nur die Bevölkerung unter 7 Jahren, weil für die Vorausberechnung spätestens ab dem vollendeten 7. Lebensjahr die Einschulung der Kinder vorausgesetzt wird. Für die 6-Jährigen wurde der Übertritt in die Grundschulen berücksichtigt, indem auf Basis der Schulstatistik der Teil der Kinder ermittelt wurde, der potenziell in Kindertageseinrichtungen bzw. in Kindertagespflege verbleibt. Aufgrund geplanter Vorverlegungen des Einschulungstichtages nimmt der Anteil der in vorschulischer Betreuung verbleibenden 6-Jährigen zukünftig ab (siehe hierzu auch Abschnitt 3). Diese modellhaft ermittelten „Nichtschulkinder“ gehen mit einer Betreuungsquote von 97 % in die Berechnungen ein. Diese Annahme findet ab dem ersten Vorausberechnungsjahr (2008) Verwendung. Für das Jahr 2007 wurden die Betreuungsquoten für dieses Altersjahr auf die altersgleiche Gesamtbevölkerung gerechnet. Ab 2008 bleibt natürlich ein Parallelbesuch von Schule und Kindertageseinrichtung je nach den landesspezifischen Regelungen weiterhin möglich, wird aber für die Berechnung nicht weiter berücksichtigt.

Eine differenzierte Berechnung nach Kindertagesbetreuung in Einrichtungen und in Kindertagespflege wird nicht vorgenommen. Die Betreuung von Schulkindern in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (Horten) oder in Ganztagschulen bleibt unberücksichtigt.

Die Berechnungen werden jeweils auf Länderebene durchgeführt. Das Bundesergebnis ergibt sich aus der Summe der Länderergebnisse. Da in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung Annahmen zur Binnenwanderung nur bis zum Jahr 2020 getroffen wurden, wurden Berechnungen zur Entwicklung der Zahl betreuter Kinder auch nur bis zum Jahr 2020 durchgeführt. Die Anpassung der Betreuungsquote des Basisjahres 2007 an die Betreuungsquote des Zieljahres erfolgt linear. Bei den nach alten und neuen Ländern getrennten Berechnungen wurde Berlin den neuen Ländern zugeordnet.

Um zu zeigen, wie sich die Zahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege verändert, wenn unterschiedliche Betreuungsquoten angenommen werden, wurden drei Szenarien entwickelt, die im Folgenden näher erläutert werden.

Anmerkungen zu Betreuungsquoten in den verschiedenen Szenarien

Szenario	Altersgruppe		
	unter 3-Jährige	3- bis unter 6-Jährige	6-Jährige
Szenario 1 „Status quo“	Betreuungsquoten zum Stichtag 15.3.2007 konstant für alle Vorausberechnungsjahre		
Szenario 2 „Elternwunsch“	Betreuungsquote gemäß Elternwunsch zur Kindertagesbetreuung der Kinderbetreuungsstudie des DJI	Betreuungsquote 97 % im Zieljahr 2020	Betreuungsquote von 97 % aller Nichtschulkinder für alle Vorausberechnungsjahre
Szenario 3 „Betreuungsquote 35 % West, 52 % Ost“	a) alte Länder ohne Berlin: Betreuungquote 35 % in 2013, danach konstant b) neue Länder und Berlin: Betreuungquote Sachsen-Anhalt (52 %) im Zieljahr 2020		

Szenario 1 „Status quo“

Grundsätzlich dient der Status-quo-Ansatz dazu, die Auswirkungen von möglichen demografischen Entwicklungen bei sonst gleich bleibenden Rahmenbedingungen aufzuzeigen.

Wenn die Betreuungsquoten des Jahres 2007 über den betrachteten Zeitraum bis 2020 unverändert blieben, würde der Rückgang der Zahl der unter 3-Jährigen zu einer Reduzierung der Zahl der betreuten Kinder führen. Besuchten im Jahr 2007 bundesweit noch 321 000 Kinder dieser Altersgruppe eine Tageseinrichtung oder nutzten das Angebot der Kindertagespflege, würde aufgrund der Bevölkerungsentwicklung deren Zahl um 34 000 Kinder zurückgehen. Im Jahr 2020 wären bei gleicher Betreuungsquote wie 2007 noch 287 000 Kinder in Kindertagesbetreuung. Dies entspricht einem relativen Rückgang von 11 %.

In der Altersgruppe der 3- bis unter 7-Jährigen wären bundesweit 2020 gegenüber dem Stand vom März 2007 484 000 Kinder weniger (- 20 %) in Kindertagesbetreuung. Aufgrund der unterstellten demografischen Entwicklung und der Annahme, dass in 2020 anteilig deutlich mehr 6-Jährige eine Schule besuchen als heute, würde damit der Rückgang bei den 3- bis unter 7-Jährigen höher ausfallen als bei den Kleinkindern.

Die folgenden Szenarien sollen zeigen, wie sich die Nachfrage nach Kindertagesbetreuung verändert, wenn unterschiedliche Annahmen zu Betreuungsquoten der unter 3-Jährigen getroffen werden. Für die 3- bis unter 7-Jährigen unterscheiden sich die Betreuungsquoten in den folgenden Szenarien nicht. In allen diesen Szenarien wird eine Betreuungsquote von 97 % im Jahr 2020 unterstellt. Die Berechnungen für die Altersgruppe der 3- bis unter 7-Jährigen gelten für die Szenarien 2, 3a und 3b gleichermaßen.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Szenario 2 „Elternwunsch“

Diese Variante berücksichtigt für das Zieljahr 2020 die von Eltern genannten Wünsche nach Kindertagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren. Datenbasis ist die DJI-Kinderbetreuungsstudie, welche vom Deutschen Jugendinstitut in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der Universität Dortmund im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) um den Jahreswechsel 2004/2005 durchgeführt wurde. Befragt wurden etwa 8 000 Mütter und Väter mit mindestens einem Kind unter 7 Jahren, die u. a. Auskunft zum Wunsch nach Kinderbetreuung gaben. Bei den Ergebnissen ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Befragung um eine Momentaufnahme aus der Mitte dieses Jahrzehntes handelt. Zukünftige Änderungen der Rahmenbedingungen und des individuellen Verhaltens können damit nicht abgedeckt werden.

Wenn die in der DJI-Studie geäußerten Wünsche der Eltern der tatsächlichen Nachfrage im Jahr 2020 entsprächen, würde sich bundesweit die Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren fast verdoppeln. Statt 321 000 Kinder im Jahr 2007 würden 13 Jahre später bundesweit 615 000 Kinder ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen.

Bundesweit nahezu Verdopplung der Anzahl betreuter Kinder unter 3 Jahren bis 2020

Kinderbetreuung der unter 3-Jährigen: Szenario 3a „Betreuungsquote 35 % West“

Dieses Szenario gilt für die alten Länder ohne Berlin und bezieht sich auf eine politische Vorgabe. Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich auf dem „Krippengipfel“ am 2. April 2007 darauf verständigt, bis zum Jahr 2013 ein be-

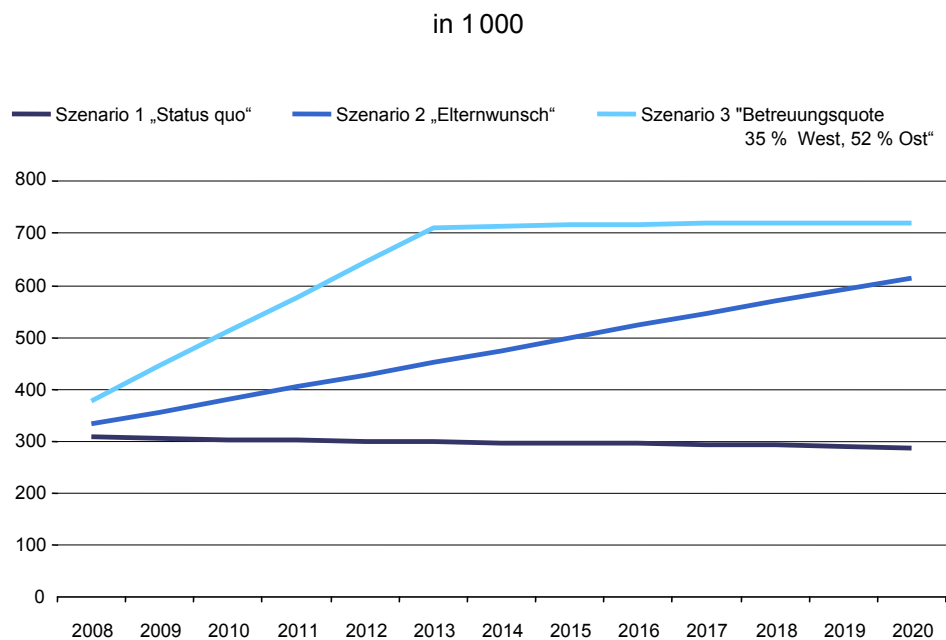
darfsgerechtes Betreuungsangebot für bundesweit durchschnittlich 35 % der Kinder unter 3 Jahren aufzubauen. Aus pragmatischen Gründen wird hier dieses Betreuungsniveau auf der jeweiligen Länderebene zugrunde gelegt.⁸⁾ In diesem Szenario wird somit unterstellt, dass im Jahr 2013 in allen alten Ländern jeweils eine Betreuungsquote von 35 % erreicht ist, die dann bis zum Jahr 2020 konstant bleibt.

Bereits bis 2013 dreimal soviel betreute Kinder unter 3 Jahren in alten Ländern

Entsprächen die Vorgaben im Zieljahr 2013 der Wirklichkeit, würde sich für die alten Länder zusammen die Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren mehr als verdreifachen. Dann hätten im Jahr 2013 die westdeutschen Eltern von 550 000 Kindern unter 3 Jahren die Möglichkeit, ihre Sprösslinge in eine Tageseinrichtung bzw. in Kindertagespflege zu bringen. Im Basisjahr konnten dies die Eltern von 167 000 Kindern dieser Altersgruppe.

Nach Erreichen der vorgegebenen Zielbetreuungsquote von 35 % im Jahr 2013 würde die Zahl der betreuten Kleinkinder nur noch geringfügig auf 555 000 im Jahr 2020 ansteigen. Grund für diesen Anstieg ist eine in der Bevölkerungsvorausberechnung erwartete leichte Zunahme der Anzahl unter 3-Jähriger zwischen 2013 und 2020 in den alten Ländern.

Abbildung 1: Betreute Kinder unter 3 Jahren in Deutschland 2008 bis 2020 *)



*) In den Szenarien 2 und 3 erfolgt eine lineare Anpassung ausgehend von den tatsächlichen Betreuungsquoten im Jahr 2007 an die Zielbetreuungsquote, die im Szenario 2 in 2020 und in Szenario 3 in 2013 erreicht wird.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Szenario 3b „Betreuungsquote 52 % Ost“

Zuwachs der Anzahl betreuter Kinder unter 3 Jahren im Osten um ca. 7 % bis 2020

Da in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) sich bereits heute knapp 35 % (Sachsen) bzw. mehr als 35 % aller unter 3-Jährigen in Kindertagesbetreuung befinden, wurden für die neuen Länder als Zielwert für das Jahr 2020 die Betreuungsquoten des Landes mit dem heute höchsten Wert (Sachsen-Anhalt) angesetzt. Mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt, wo annahmegemäß die heutige Betreuungsquote bis 2020 konstant bleibt, wird in den anderen neuen Ländern ein Anstieg der Betreuungszahlen bis 2020 erwartet.

8) Dabei wird eine gewisse Unschärfe in Kauf genommen, weil der unterschiedliche Bedarf in Stadtstaaten und Flächenländern und dort insbesondere in ländlichen und städtischen Regionen nicht berücksichtigt wird.

ungsquote beibehalten wird, erhöht sich danach in allen anderen neuen Ländern einschließlich Berlin die Betreuungsquote.

In den neuen Ländern würde die Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren mit diesen Annahmen bis zum Jahr 2020 um fast 11 000 Kinder bzw. 7 % gegenüber dem Stand von 2007 steigen. Hatten 2007 die Eltern von 155 000 Kindern die Möglichkeit einer Kindertagesbetreuung genutzt, würden es 13 Jahre später 166 000 Kinder sein, für die ein Platz in der Kindertagesbetreuung nachgefragt würde.

Um einen Bundesvergleich mit den Szenarien 1 und 2 gewährleisten zu können, wurden die Teilergebnisse für die neuen Länder mit denen für die alten Länder gemäß Szenario 3 zusammengefasst. In der Summe der beiden Teilszenarien ergibt sich für das Bundesgebiet bis zum Jahr 2020 eine Zunahme der Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren trotz sinkender Zahl an Kleinkindern um mehr als das Doppelte (+ 124 %).

Kindertagesbetreuung der 3- bis unter 7-Jährigen: Betreuungsquote 97 % in 2020

Neben dem Status-quo-Szenario wird für die 3- bis unter 6- Jährigen ein zweites Szenario aufgezeigt, dem eine für alle Bundesländer einheitliche Betreuungsquote von 97 % im Jahr 2020 zugrunde liegt. Für die 6- Jährigen wird – wie auch im Status-quo-Szenario – gleichfalls eine Betreuungsquote von 97 % unterstellt. Gegenüber der im Jahr 2007 im Bundesdurchschnitt tatsächlichen Betreuungsquote von 80,7 % (siehe Tabelle 3) erhöht sich die Betreuungsquote somit um 16,3 Prozentpunkte.

Aufgrund der demografischen Entwicklung und der Annahme, dass 2020 ein höherer Anteil der 6-Jährigen die Schule besucht, würde sich trotz dieses Anstiegs der Betreuungsquote die Zahl der betreuten Kinder im Alter von 3 bis unter 7 Jahren im Jahr 2020 um 14 % gegenüber 2007 verringern. Damit würden im Jahr 2020 noch 2 047 000 Kinder in dieser Altersgruppe eine Tagesbetreuung beanspruchen, 333 000 weniger als in 2007 (2 380 000).

Zukünftig weniger betreute Kinder im Alter von 3 bis unter 7 Jahren

Entwicklung des Betreuungsbedarfs insgesamt

Fasst man abschließend die Ergebnisse der Modellrechnungen für die unter 3-Jährigen und für die 3- bis unter 7-Jährigen in den drei Szenarien zusammen, so ergibt sich das folgende Bild:

Tabelle 5: Veränderung der Anzahl betreuter Kinder 2020 gegenüber 2007 in Deutschland

Szenario	Unter 3-Jährige		3- bis unter 7-Jährige		Zusammen	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Szenario 1 „Status quo“	- 34	- 11	- 484	- 20	- 518	- 19
Szenario 2 ¹⁾ „Elternwunsch“ (unter 3-Jährige)	+ 294	+ 91	- 333	- 14	- 39	- 1
Szenario 3 ¹⁾ „Betreuungsquote 35 % West, 52 % Ost“ (unter 3-Jährige)	+ 399	+ 124	- 333	- 14	+ 66	+ 2

1) Annahme für 3- bis unter 7-Jährige: Betreuungsquote 97 % in 2020.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Blieben die Betreuungsquoten in beiden betrachteten Altersgruppen auf dem Niveau des Jahres 2007 (Szenario 1 „Status quo“), käme es, bedingt allein durch die demografische Entwicklung, zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der betreuten Kinder insgesamt. Die Zahl der betreuten Kinder unter 7 Jahren würde dann um gut eine halbe Million (– 19 %) zurückgehen. Eine solche Entwicklung erscheint jedoch zumindest bei den unter 3-Jährigen angesichts einer bereits beschlossenen Ausweitung des Betreuungsangebotes für diese Altersgruppe nicht realistisch.

Zukünftig mehr Kleinkinder und weniger ältere Kinder in Tagesbetreuung

In den Szenarien 2 und 3, die beide von einem mehr oder weniger starken Ausbau der Kindertagesbetreuung ausgehen, geht der demografisch bedingte Rückgang der Zahl betreuter Kinder von 3 bis unter 7 Jahren mit einem Anstieg betreuter Kinder unter 3 Jahren in einer ähnlichen Größenordnung einher, sodass sich in der Summe die Zahl der betreuten Kinder unter 7 Jahren nur geringfügig verändert.

Damit ist jedoch noch keine Aussage über die Gesamtzahl künftig neu zu schaffender Plätze möglich, da frei werdende Kapazitäten für 3- bis unter 7-Jährige u. a. aufgrund unterschiedlicher pädagogischer Anforderungen nicht eins zu eins in Angebote für unter 3-Jährige umgewandelt werden können. Zudem sind regional deutliche Unterschiede zwischen frei werdenden Kapazitäten und Mehrbedarf zu erwarten. Dennoch dürfte bis zu einem gewissen Umfang eine Umwandlung nicht mehr benötigter Kapazitäten für 3- bis unter 7-Jährige in Angebote für unter 3-Jährige möglich sein, sodass in der Summe der Neubedarf für unter 3-Jährige geringer ausfallen dürfte als der Anstieg der Zahl betreuter Kinder dieser Altersgruppe. Hierfür spricht auch der bereits seit längerem beobachtbare Trend zur gemeinsamen Betreuung von Kleinkindern und älteren Kindern in altersgemischten Einrichtungen.

2.3 Entwicklung der Anzahl betreuter Kinder in den Bundesländern bis 2020

Szenario 1 „Status quo“

Weniger Kinder und konstante Kinderbetreuungsquoten

Im Ländervergleich wird deutlich, dass die unterschiedliche demografische Entwicklung in den Bundesländern auch zu erheblichen Unterschieden bei der Nachfrage nach Kindertagesbetreuung führt. Unter der Annahme konstanter Betreuungsquoten von 2007 käme es in allen Ländern mit Ausnahme der Stadtstaaten Hamburg und Bremen zu einem Rückgang der Zahl betreuter Kinder unter drei Jahren. In den neuen Ländern sind unter dieser Annahme mit 16 % bis 21 % die größten Abnahmen an zukünftig betreuten Kindern zu verzeichnen. Die alten Flächenländer verzeichnen Rückgänge zwischen 4 % und 12 %.

Bei den 3- bis unter 7-jährigen Kindern sind die Ost-West-Unterschiede nicht so stark ausgeprägt. Nur Hamburg könnte bei gleicher Betreuungsquote wie 2007 bis 2020 einen Zuwachs an betreuten Kindern in dieser Altersgruppe (+ 2 %) aufweisen. Alle anderen Länder müssten sich nach diesem Szenario auf rückläufige Kinderzahlen in der Kindertagesbetreuung einstellen. Dabei schwanken die relativen Rückgänge zwischen 6 % und 29 %. Berlin und Bremen weisen mit 7 % bzw. 6 % noch verhältnismäßig geringe Rückgänge auf.

Aufgrund des geplanten Ausbaus des Betreuungsangebotes für Kleinkinder ist das Szenario „Status quo“ nur als Referenzrechnung zu betrachten und dürfte in keiner Weise die zu erwartende tatsächliche Entwicklung widerspiegeln. Hierfür erscheinen die folgenden Szenarien besser geeignet.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Szenario 2 „Elternwunsch“

Wenn der in der DJI-Kinderbetreuungsstudie⁹⁾ geäußerte Wunsch der Eltern für 2020 zuträfe, würde sich die Zahl der betreuten Kinder im Alter von unter 3 Jahren mit Ausnahme von Hamburg (+ 71 %) in allen alten Ländern mehr als verdoppeln, teilweise mehr als verdreifachen. Die neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen sowie Berlin würden Zuwächse in der Größenordnung von 2 % (Berlin) bis 28 % (Thüringen) verzeichnen. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt käme es unter diesen Bedingungen zu einem Rückgang der Zahl der betreuten Kinder (Brandenburg – 17 %; Sachsen-Anhalt – 1 %).

In den alten Bundesländern würde die Gesamtzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren von 167 000 (2007) auf 452 000 (2020) ansteigen und in den neuen Ländern einschließlich Berlin von 155 000 auf 163 000.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Szenario 3a „Betreuungsquote 35 % West“

Ein noch stärkerer Anstieg der Zahl betreuter Kinder unter 3 Jahren wäre mit der Erhöhung der Betreuungsquote auf jeweils 35 % in den alten Ländern verbunden. Hohe Zuwächse wären danach in Nordrhein-Westfalen (+ 372 %), Niedersachsen (+ 348 %), Schleswig-Holstein (+ 280 %) und Bremen (+ 256 %) zu erwarten. In Hamburg würde die Zahl betreuter Kleinkinder dagegen „nur“ um 66 % ansteigen. In der Summe würde die Zahl der betreuten Kleinkinder in den alten Ländern um fast 400 000 von 167 000 (2007) auf 555 000 im Jahr 2020 ansteigen. Dies entspricht einem Zuwachs von 233 %.

Verdoppelung bis Vervierfachung der Zahl betreuter Kinder in den alten Ländern

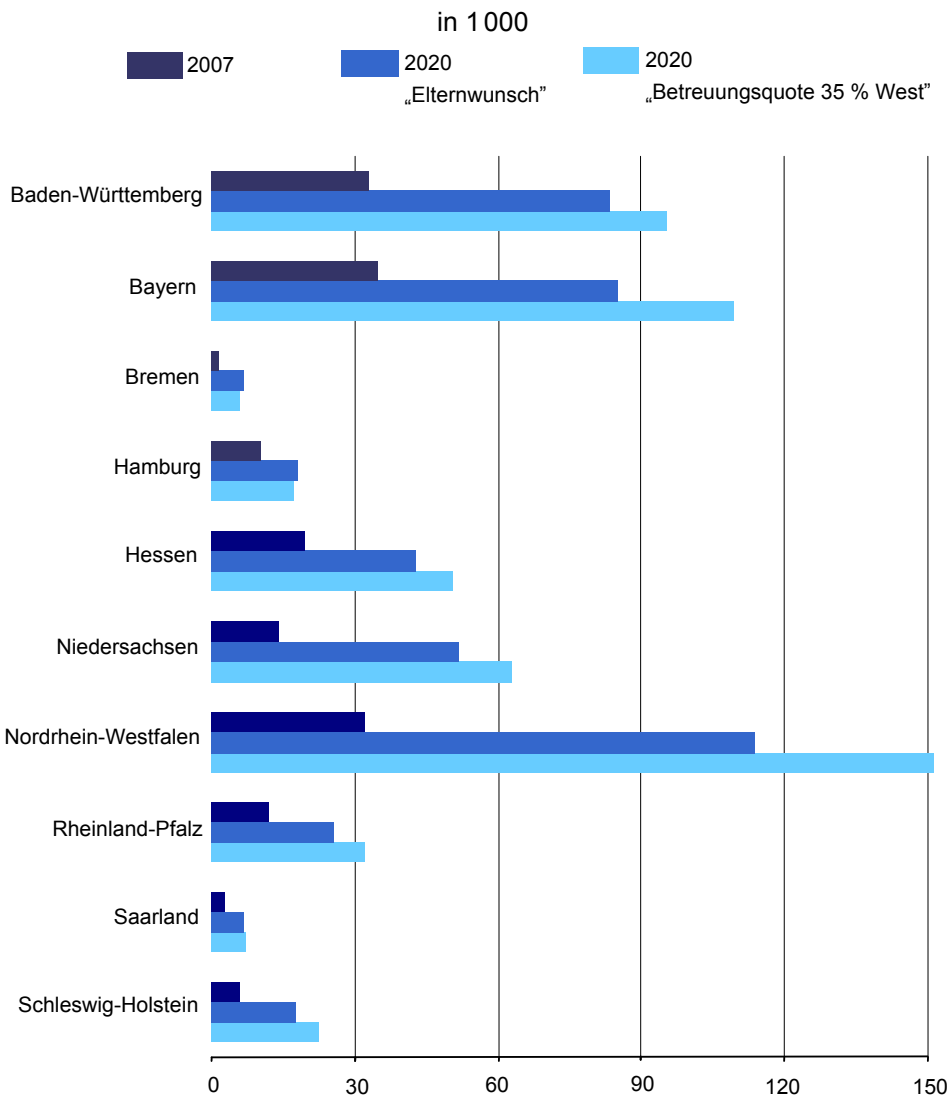
9) Siehe Bien, W. und B. Riedel 2007.

Tabelle 6: Betreute Kinder im Alter von unter 3 Jahren 2007 und 2020

Land	2007	2020		
		Szenario 1 „Status quo“	Szenario 2 „Elternwunsch“	Szenario 3 „Betreuungsquote 35 % West, 52 % Ost“
Anzahl in 1 000				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	167	157	452	555
Baden-Württemberg	33	32	83	96
Bayern	35	34	85	110
Bremen	2	2	7	6
Hamburg	10	11	18	17
Hessen	20	18	43	51
Niedersachsen	14	12	52	63
Nordrhein-Westfalen	32	30	114	151
Rheinland-Pfalz	12	11	26	32
Saarland	3	2	7	7
Schleswig-Holstein	6	5	18	22
Neue Bundesländer (einschl. Berlin) ..	155	130	163	166
Berlin	35	32	35	41
Brandenburg	24	19	20	23
Mecklenburg-Vorpommern	17	14	19	16
Sachsen	34	28	39	42
Sachsen-Anhalt	27	21	26	21
Thüringen	19	15	24	21
Deutschland	321	287	615	720
Veränderung gegenüber 2007 in %				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	X	- 6	+ 172	+ 233
Baden-Württemberg	X	- 4	+ 153	+ 190
Bayern	X	- 4	+ 142	+ 213
Bremen	X	+ 7	+ 312	+ 256
Hamburg	X	+ 5	+ 71	+ 66
Hessen	X	- 9	+ 118	+ 156
Niedersachsen	X	- 12	+ 269	+ 348
Nordrhein-Westfalen	X	- 6	+ 256	+ 372
Rheinland-Pfalz	X	- 8	+ 117	+ 168
Saarland	X	- 9	+ 145	+ 163
Schleswig-Holstein	X	- 10	+ 201	+ 280
Neue Bundesländer (einschl. Berlin) ..	X	- 16	+ 5	+ 7
Berlin	X	- 7	+ 2	+ 20
Brandenburg	X	- 19	- 17	- 3
Mecklenburg-Vorpommern	X	- 16	+ 13	- 2
Sachsen	X	- 17	+ 13	+ 24
Sachsen-Anhalt	X	- 21	- 1	- 21
Thüringen	X	- 20	+ 28	+ 12
Deutschland	X	- 11	+ 91	+ 124

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung 2: Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren in den alten Bundesländern 2007 und 2020 nach Szenarien 2 und 3a



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

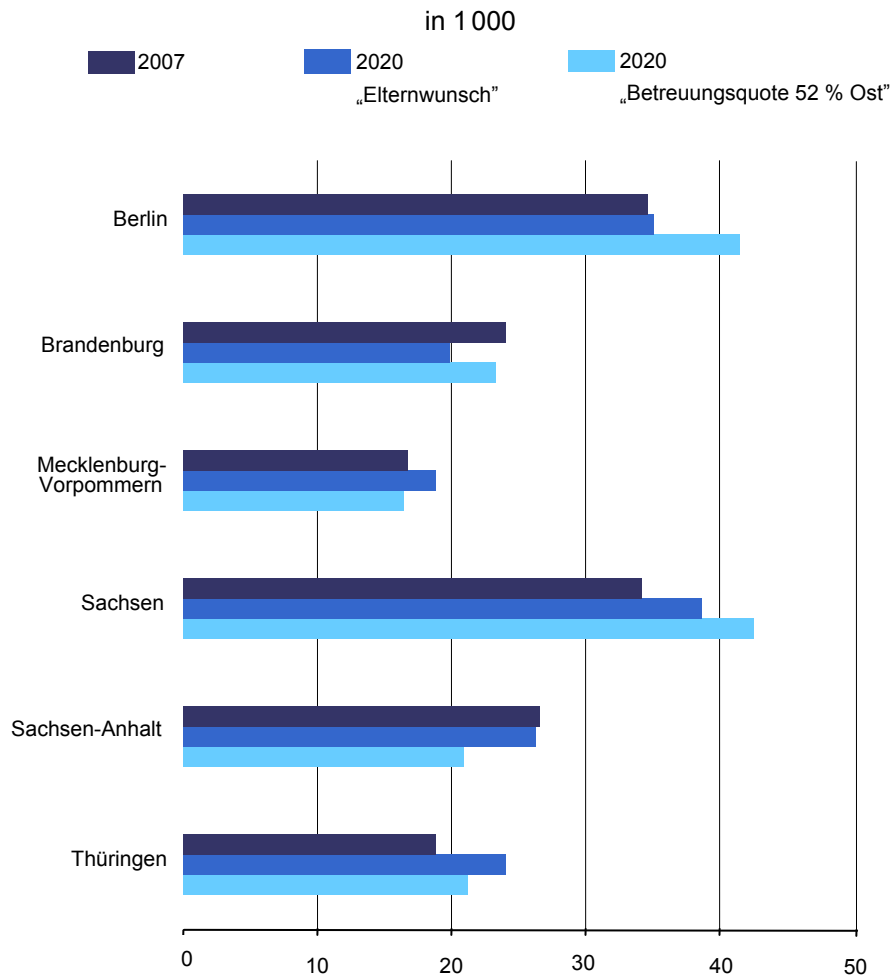
Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Szenario 3b „Betreuungsquote 52 % Ost“

Eine Erhöhung der Betreuungsquoten in den neuen Ländern in Anlehnung an die Betreuungsquote von Sachsen-Anhalt auf 52 % würde zu einer Erhöhung der Zahl betreuter Kinder bis 2020 führen. Einen Anstieg würden insbesondere Sachsen (+ 24 %), Berlin (+ 20 %) und Thüringen (+ 12 %) verzeichnen. In Brandenburg (- 3 %) und Mecklenburg-Vorpommern (- 2 %) dominiert der Bevölkerungsrückgang, sodass trotz gesteigerter Betreuungsquote die Zahl der betreuten Kleinkinder etwas geringer läge als 2007. Da in Sachsen-Anhalt annahmegemäß die Betreuungsquote von 2007 beibehalten wird, schlägt hier der Bevölkerungsrückgang voll durch. Im Vergleich zu 2007 ginge die Zahl betreuter Kinder unter 3 Jahre um 21 % in 2020 zurück.

Annahme: Erhöhung der Betreuungsquote in den neuen Ländern auf 52 %

Für die neuen Länder (einschließlich Berlin) ergäbe sich insgesamt ein Anstieg der Zahl betreuter Kleinkinder um 11 000 von 155 000 (2007) auf 166 000 im Jahr 2020.

Abbildung 3: Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren in den neuen Bundesländern 2007 und 2020 nach Szenarien 2 und 3b



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kindertagesbetreuung der 3- bis unter 7-Jährigen

Deutliche Rückgänge betreuter Kinder von 3 bis unter 7 Jahren in den Flächenländern ...

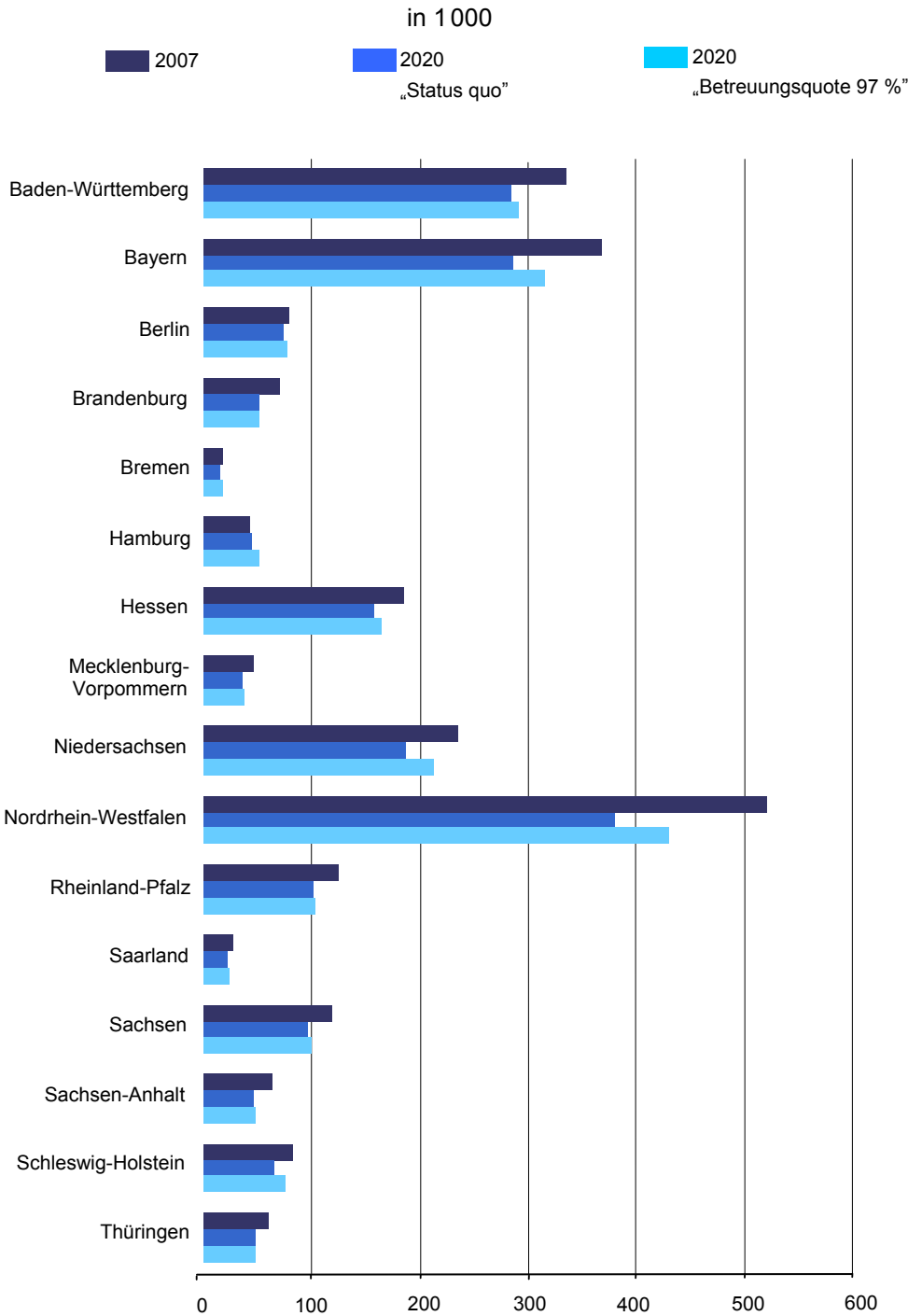
Bei Beibehaltung der Betreuungsquoten des Jahres 2007 von 80,7 % im Bundesdurchschnitt (Szenario „Status quo“) würde sich die Anzahl 3- bis unter 7-Jähriger unmittelbar auf die Anzahl betreuter Kinder dieser Altersgruppe in den einzelnen Bundesländern auswirken. Hinzu kommt, dass aufgrund der Vorverlegung des Einschulungstichtages in einigen Bundesländern die Zahl vorschulisch betreuter 6-Jähriger zusätzlich sinkt. Mit Ausnahme Hamburgs, wo bis 2020 mit einem leichten Anstieg der Zahl 3- bis unter 7-Jähriger gerechnet wird, sinkt gemäß dem Szenario „Status quo“ in allen Ländern die Zahl der betreuten Kinder in dieser Altersgruppe. Die Rückgänge sind allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt. Besonders starke Rückgänge sind unter der Annahme gleichbleibender Betreuungsquoten in den Flächenländern, und hier insbesondere in Brandenburg (– 29 %), Nordrhein-Westfalen (– 27 %) und Sachsen-Anhalt (– 26 %) zu erwarten.

Ein Anstieg der Betreuungsquote auf 97 % bis 2020 würde die demografisch bedingten Abnahmen der Zahl betreuter Kinder im Alter von 3 bis unter 7 Jahren in den Flächenländern nicht verhindern, aber zum Teil erheblich dämpfen. Der Dämpfungseffekt hängt dabei davon ab, wie weit die einzelnen Länder heute von der gesetzten Zielbetreuungsquote entfernt sind. So würde die Zahl der betreuten Kinder bei einem Anstieg der Betreuungsquote auf 97 % in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein nur um 10 % bzw. 9 % anstatt, wie im Szenario „Status quo“, um jeweils 20 % zurückgehen.

Die Entwicklung in den Stadtstaaten unterscheidet sich deutlich von der in den Flächenländern. Selbst im Fall konstanter Betreuungsquoten sinkt hier demografisch bedingt die Zahl der betreuten 3- bis unter 7-jährigen Kinder nur geringfügig (Berlin – 7 %, Bremen – 6 %) bzw. steigt sogar leicht an (Hamburg + 2 %). Bei einem Anstieg der Betreuungsquoten auf 97 % würde die Zahl der betreuten Kinder in Hamburg sogar um 19 % und in Bremen um 5 % bis 2020 zunehmen. In Berlin bliebe die Zahl betreuter Kinder nahezu unverändert (– 2 %).

... geringe Rückgänge oder Zunahmen in den Stadtstaaten

Abbildung 4: Anzahl betreuter Kinder von 3 bis unter 7 Jahren 2007 und 2020 nach Bundesländern



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Tabelle 7: Betreute Kinder im Alter von 3 bis unter 7 Jahren 2007 und 2020

Land	2007	2020	
		Szenario 1 „Status quo“	Szenarien 2 und 3 „Betreuungsquote 97 %“
Anzahl in 1 000			
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	1 942	1 544	1 685
Baden-Württemberg	337	284	292
Bayern	369	286	315
Bremen	17	16	18
Hamburg	44	45	52
Hessen	186	157	165
Niedersachsen	235	187	212
Nordrhein-Westfalen	521	381	430
Rheinland-Pfalz	124	100	102
Saarland	28	23	24
Schleswig-Holstein	82	66	75
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	438	351	362
Berlin	80	74	78
Brandenburg	71	51	52
Mecklenburg-Vorpommern	47	37	38
Sachsen	119	96	99
Sachsen-Anhalt	63	46	48
Thüringen	59	47	48
Deutschland	2 380	1 895	2 047
Veränderung gegenüber 2007 in %			
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	X	- 20	- 13
Baden-Württemberg	X	- 16	- 13
Bayern	X	- 22	- 14
Bremen	X	- 6	+ 5
Hamburg	X	+ 2	+ 19
Hessen	X	- 15	- 11
Niedersachsen	X	- 20	- 10
Nordrhein-Westfalen	X	- 27	- 18
Rheinland-Pfalz	X	- 19	- 18
Saarland	X	- 17	- 15
Schleswig-Holstein	X	- 20	- 9
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	X	- 20	- 17
Berlin	X	- 7	- 2
Brandenburg	X	- 29	- 27
Mecklenburg-Vorpommern	X	- 21	- 19
Sachsen	X	- 19	- 17
Sachsen-Anhalt	X	- 26	- 24
Thüringen	X	- 20	- 19
Deutschland	X	- 20	- 14

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Teil 3 Schülerzahlen heute und in Zukunft

3.1 Vorbemerkung

Nachdem zuvor gezeigt wurde, wie sich Geburtenrückgang einerseits und der geplante Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen andererseits auf die Anzahl benötigter Plätze in der Kindertagesbetreuung auswirken dürften, wird jetzt das Augenmerk auf Folgen der demografischen Entwicklung für die Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen gerichtet. Dabei wird zwischen den Bildungsbereichen Primarbereich (Jahrgangsstufen 1 bis 4), Sekundarbereich I (Jahrgangsstufen 5 bis 10) und Sekundarbereich II (Jahrgangsstufen 11 bis 13 bzw. die Jahrgangsstufen 10 bis 12 im 8-jährigen gymnasialen Bildungsgang) unterschieden.

Für jeden der drei Bildungsbereiche wird in Abschnitt 3.2 die vergangene Entwicklung der Schülerzahlen von 1992/93 bis 2005/06 und – anhand von Vorausberechnungen – die zukünftige Entwicklung bis zum Jahr 2020 aufgezeigt. Die Vorausberechnungen der Schülerzahlen basieren auf der Annahme, dass sich das Übergangsverhalten der Kinder und Jugendlichen im allgemein bildenden Schulsystem von der Primarstufe in die Sekundarstufe I und von dort in die Sekundarstufe II nicht verändert. Konkret heißt dies, dass die Anteile der Schüler der betroffenen Altersjahrgänge in den einzelnen Bildungsbereichen, die eine allgemein bildende Schule besuchen, auch zukünftig denen des Referenzschuljahres 2005/06 entsprechen. Entscheidend für die Entwicklung der Schülerzahlen in den drei Bildungsbereichen ist die zahlenmäßige Entwicklung der entsprechenden Altersgruppen gemäß der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 1-W1).¹⁰⁾ Die Auswirkungen einiger auf Länderebene bereits beschlossener Änderungen im Schulsystem (Stand Juli 2007), wie Maßnahmen zu einer früheren Einschulung der Kinder (Vorverlegung des Einschulungstichtages) und die Verkürzung der Gymnasialzeit von 9 auf 8 Jahre (G8), werden in den Berechnungen länderspezifisch berücksichtigt.

Bei der vorliegenden Vorausberechnung handelt es sich nicht um eine Prognose, welche die Entwicklung der Schülerzahlen bis zum Jahr 2020 vorhersagt, sondern um eine Modellrechnung, die aufzeigt, wie sich die Schülerzahlen unter ganz bestimmten Annahmen entwickeln würden. Von der Kultusministerkonferenz und von einigen statistischen Landesämtern gibt es weitere Vorausberechnungen der Schülerzahlen mit abweichenden Annahmen und Berechnungsergebnissen (siehe Anhang sowie Literaturverzeichnis).

Die Berechnungen erfolgen auf der Ebene der Bundesländer, sodass sich der Wert für Deutschland aus der Addition der Ergebnisse nach Bundesländern ergibt. Dargestellt werden sowohl die vorausberechneten Werte für Deutschland als auch für die einzelnen Bundesländer. Im Anschluss an die Ergebnisdarstellung werden mögliche Folgen sinkender Schülerzahlen kurz – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – in Abschnitt 3.3 erörtert.

10) Siehe Statistisches Bundesamt 2006a, 2006b und 2007.

Methodische Erläuterung: Vorausberechnung der Schüler an allgemein bildenden Schulen

Unter die allgemein bildenden Schulen fallen generell alle Schularten, die die Vermittlung von Allgemeinwissen zum Ziel haben. Damit grenzen sie sich von den beruflichen Schulen ab, in denen vorrangig Spezialwissen vermittelt wird. Die Schulstatistik auf Bundesebene zählt zu den allgemein bildenden Schulen auch die Vorklassen und Schulkindergärten, die dem Elementarbereich zuzuordnen sind und hier nicht berücksichtigt wurden. Die Schulstatistik erfasst Schulen in öffentlicher wie auch in privater Trägerschaft. Nicht berücksichtigt wurden bei der vorliegenden Berechnung Kinder an Förderschulen (ehemals Sonderschulen) sowie Personen an Schulen für Erwachsene (Einrichtungen des 2. Bildungswegs).

Grundlage der Berechnungen sind einerseits die Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Variante 1-W1) und andererseits die Ergebnisse der Schulstatistik des Schuljahres 2005/2006. Aus der Schulstatistik wurde für jedes Bundesland die Schülerverteilung nach Altersjahren und Bildungsbereichen (Primarbereich, Sekundarbereich I und gymnasiale Oberstufe) ermittelt und auf die gesamte Bevölkerung der einzelnen Altersjahre im Jahr 2005 bezogen. Diese Anteile wurden dann mit der vorausgerechneten Bevölkerung der jeweiligen Altersjahre in den Jahren 2006 bis 2020 in den einzelnen Ländern gemäß der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung multipliziert. Errechnet wird so, welche Veränderungen sich in der Schülerpopulation ergeben, wenn die Anteile der Schüler an der entsprechenden Alterspopulation nach Bildungsbereichen konstant bleiben (Status-quo-Annahme) und somit lediglich die sich verändernde Bevölkerungszahl der einzelnen Altersjahre berücksichtigt wird.

Zwei schon eingeleitete oder von der politischen Seite verabschiedete Änderungen wurden länderspezifisch bei der Vorausberechnung berücksichtigt. Dies sind:

- Frühere Einschulung

Um eine frühere Einschulung der Kinder zu erreichen, haben einige Länder eine Vorverlegung des Einschulungstichtages um bis zu sechs Monate beschlossen. Die Vorverlegung des Einschulungstichtages um einen Monat hat zur Folge, dass rechnerisch ein Zwölftel eines Jahrgangs früher eingeschult wird. Ausgehend von den länderspezifischen Regelungen zur Änderung des Einschulungstichtages wurde berechnet und festgelegt, welcher Anteil der 6-Jährigen in den Jahren 2006/07 bis 2020/21 die Schule besucht. Der verbleibende Anteil „Nicht-Schulkinder“ wie auch der unter 6-jährigen Schüler wurden dem Kindertagesbetreuungspotenzial im Rahmen der Vorausberechnung betreuter Kinder zugerechnet (siehe Teil 1 dieses Heftes). Die früher eingeschulten Kinder erreichen zeitversetzt auch jünger die Sekundarstufe I und die gymnasiale Oberstufe.

- Verkürzung der Gymnasialzeit

Ob und in welchem Zeitraum eine Verkürzung der Gymnasialzeit von 9 auf 8 Jahre (G8) in die Berechnungen einbezogen wurde, ist abhängig von den jeweiligen Regelungen in den Bundesländern. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, wo die bisherige Gymnasialzeit von 8 1/2 Jahren beibehalten wird, haben alle Bundesländer das G8 eingeführt bzw. hatten diese immer (Sachsen und Thüringen). Für die Vorausberechnung wurde länderspezifisch wie folgt vorgegangen: Die Verkürzung der Gymnasialzeit von 9 auf 8 Jahre wurde der Sekundarstufe I zugeordnet, sodass es dadurch – je nach landesspezifischer Regelung in unterschiedlichen Jahren – einen Rückgang der Schülerzahlen in der Sekundarstufe I gibt (siehe Anhang 2). Beim Übergang des ersten G8-Jahrgangs in die Sekundarstufe II kommt es in der Sekundarstufe II zu einem einmaligen Anstieg der Schülerzahlen, da zwei Abschlussjahrgänge des gymnasialen Zweigs der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II kommen. Für 3 Jahre sind in der Sekundarstufe II dann vier Schuljahrgänge vertreten, danach wieder nur drei. Bei den Berechnungen wurde unterstellt, dass die aus den Schülerdaten 2005/2006 festgestellten Übergänge von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II, der Anteil der Schüler in Gymnasien in der Sekundarstufe I sowie der Anteil der eine Klassenstufe wiederholenden Schüler, auch in den Vorausberechnungsjahren konstant bleiben. Beim Wegfall eines gymnasialen Schuljahres in der Sekundarstufe I wurde unterstellt, dass die 15- bis 16-Jährigen in der G8 sich so verhalten wie die heute 16- bis 17-Jährigen beim Übergang in die Sekundarstufe II.

3.2 Schüler an allgemein bildenden Schulen 1992 bis 2020

Primarbereich

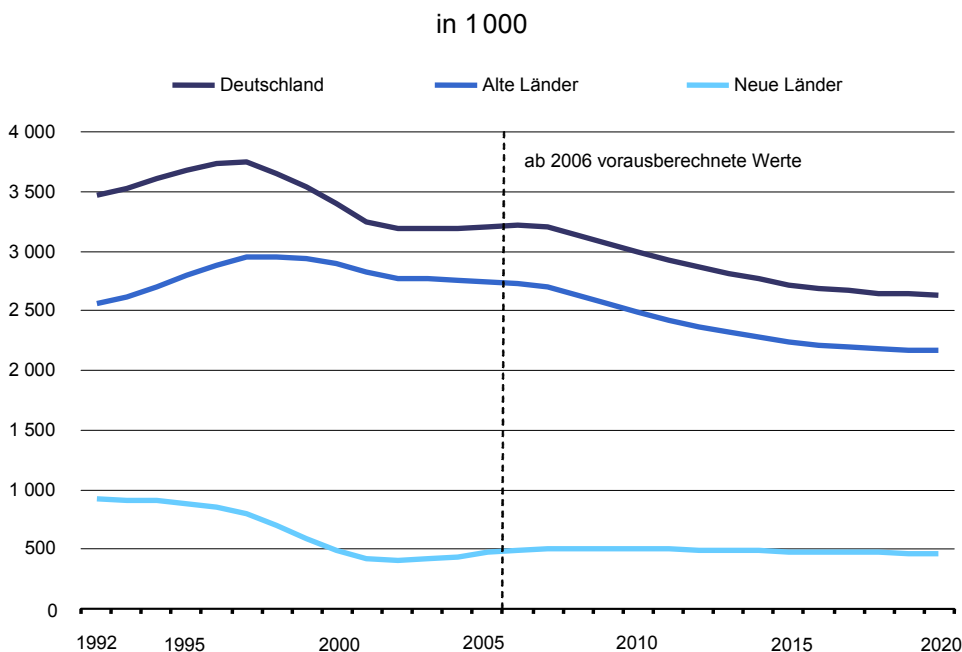
Primarbereich

Entsprechend der auch international geltenden Abgrenzungen werden zum Primarbereich die Jahrgangsstufen 1 bis 4 gezählt. In der vorliegenden Untersuchung sind die Schüler dieser Jahrgangsstufen in den Grundschulen, Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen einbezogen.

Aufgrund der allgemeinen Schulpflicht durchlaufen in Deutschland grundsätzlich alle Kinder den Primarbereich (Jahrgangsstufen 1 bis 4). Da die Einschulung zumeist ab einem Alter von 6 Jahren erfolgt und ein Kind in der Regel vier Jahre im Primarbereich verbleibt, hängt die Entwicklung der Schülerzahlen in diesem Bereich im Wesentlichen von der Entwicklung der 6- bis unter 10-jährigen Bevölkerung ab. Neben der Bevölkerungsentwicklung hat vor allem das Einschulungsalter sowie die Anzahl von Schülern, die eine oder mehrere Jahrgangsstufen wiederholen, Einfluss auf die Schülerzahl im Primarbereich. In den Vorausberechnungen werden beschlossene Vorverlegungen des Einschulungstichtages berücksichtigt und bei Wiederholern wird vom Status quo im Schuljahr 2005/06 ausgegangen, d. h. von einem unveränderten Anteil von Schülern, die eine Klassenstufe wiederholen.

Im Jahr 2005/06 besuchten gut 3,2 Millionen Schüler den Primarbereich. Damit stellte dieser Bereich ein gutes Drittel aller Schüler an den allgemein bildenden Schulen in Deutschland.

Abbildung 5: Schüler/-innen in der Primarstufe 1992 bis 2020



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Schülerzahl in der Primarstufe seit 1992 um 7,5 % zurückgegangen

Zu Beginn der 1990er-Jahre stieg die Schülerzahl in der Primarstufe bedingt durch die Einschulung der im Vergleich zu den Jahren zuvor relativ geburtenstarken Jahrgänge der späten 1980er-Jahre von knapp 3,5 Millionen Schülern im Jahr 1992 auf knapp 3,8 Millionen im Jahr 1997 an. In den Folgejahren fiel die Schülerzahl im Zuge des Nachrückens zunehmend geburten schwächerer Jahrgänge bis zum Jahr 2002 dann jedoch kontinuierlich ab. Insgesamt ist die Schülerzahl im Primarbereich in Deutschland zwischen 1992 und 2005 um gut eine Viertelmillion (– 7,5 %) gesunken.

Halbierung der Schülerzahl in der Primarstufe in den neuen Ländern von 1992 bis 2002

Zwischen den alten und den neuen Bundesländern gab es deutliche Unterschiede. Während die Schülerzahlen in den alten Bundesländern noch bis Ende der 1990er-Jahre zunahmen und erst danach zu fallen begannen, kam es im Osten bereits zu Beginn der 1990er-Jahre zu einem Rückgang der Schülerzahlen, der sich ab Mitte der 1990er-Jahre deutlich beschleunigte. Im Schuljahr 2002/03 war dort ein Tiefstand erreicht. Insgesamt hat sich die Schülerzahl in den neuen Ländern im Jahr 2002 gegenüber 1992 mehr als halbiert. Dies hat u. a. dazu geführt, dass zwischen 1994 und 2003 in Brandenburg 22 % und in Mecklenburg-Vorpommern 36 % der Grundschulen geschlossen wurden.¹¹⁾ Ursache für den massiven Rückgang der Schülerzahlen im Osten in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre ist die nach der Wiedervereinigung erfolgte Abwanderung in den Westen in Kombination mit der nach der Wiedervereinigung stark gesunkenen Geburtenrate. Seit 2002 nehmen die Schülerzahlen im Primarbereich in den neuen Ländern in Folge der seit Mitte der 1990er-Jahre leicht steigenden Geburtenraten wieder zu. Im Jahr 2005 wurde in Berlin der Einschulungstichtag um 6 Monate und in Brandenburg um 3 Monate vorverlegt, sodass die Schülerzahlen dadurch einmalig anstiegen.

Tabelle 8: Schüler/-innen in der Primarstufe *) 2006, 2010 und 2020

Land	Anzahl in 1 000			Veränderung 2020 gegenüber 2006	
	2006	2010 ¹⁾	2020 ¹⁾	absolut	%
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2 726	2 491	2 172	– 555	– 20,3
Baden-Württemberg	459	411	366	– 93	– 20,3
Bayern	514	487	427	– 87	– 16,9
Bremen	24	21	21	– 3	– 14,3
Hamburg	60	57	59	– 1	– 1,5
Hessen	242	222	195	– 47	– 19,5
Niedersachsen	344	300	255	– 90	– 26,1
Nordrhein-Westfalen	755	701	601	– 154	– 20,4
Rheinland-Pfalz	168	153	131	– 37	– 22,3
Saarland	38	32	28	– 10	– 25,4
Schleswig-Holstein	122	106	90	– 32	– 25,9
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	490	499	464	– 26	– 5,2
Berlin	117	109	104	– 14	– 11,6
Brandenburg	78	80	74	– 4	– 5,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	47	50	46	– 2	– 3,3
Sachsen	117	127	122	+ 5	+ 3,9
Sachsen-Anhalt	66	66	58	– 7	– 11,3
Thüringen	65	68	61	– 3	– 5,3
Deutschland	3 216	2 989	2 636	– 580	– 18,0

*) Ohne Vorschulen und Förderstufen.
1) Ergebnisse der Modellrechnung.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

11) Vgl. Weishaupt 2006.

Gemäß der in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten Bevölkerungsentwicklung wird der erwartete Rückgang an Kindern im Alter von 6 bis unter 10 Jahren zu weiter fallenden Schülerzahlen in der Primarstufe führen. Nach den vorliegenden Berechnungen wird die Zahl der Schüler ausgehend von 3,2 Millionen im Jahr 2006 bis zum Jahr 2020 um fast 600 000 auf dann gut 2,6 Millionen Schüler zurückgehen. Dieser Rückgang vollzieht sich vor allem im Westen (– 20,3 %), im Osten geht die Schülerzahl nur leicht (– 5,2 %) zurück. Ursache für den vergleichsweise geringen Rückgang in den neuen Ländern ist einerseits die Annahme, dass sich die Geburtenrate in den neuen Ländern in den nächsten Jahren noch leicht erhöhen wird. Andererseits tragen auch die in den neuen Ländern relativ gut besetzten Elternjahrgänge der 1980er-Jahre und die erwartete Abschwächung der Abwanderung aus den neuen Ländern in die alten dazu bei, dass die für den Primarbereich relevante Altersgruppe der 6- bis unter 10-Jährigen im Osten nur leicht zurückgeht. Im Westen führen dagegen zunehmend schwächer besetzte Elternjahrgänge in Kombination mit konstant niedrigen Geburtenraten zu einem starken Rückgang der Schülerzahlen in der Primarstufe.

Erwarteter Rückgang bis 2020 im Westen höher als im Osten

Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern weichen die Veränderungen der Schülerzahlen auf Länderebene erheblich voneinander ab. In den alten Ländern führen vor allem regional unterschiedliche Wanderungsbewegungen und Unterschiede in der Altersstruktur zu differenzierten Rückgängen der Schülerzahlen. Während in den Flächenländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und dem Saarland aufgrund der Altersstruktur Abnahmen von über 25 % ermittelt wurden, führt im Stadtstaat Hamburg die erwartete (fortgesetzte) Zuwanderung von jungen Menschen aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland nur zu einem leichten Rückgang (– 2 %) der Schülerzahlen. In den neuen Ländern sind unterschiedliche Entwicklungen der Schülerzahlen hauptsächlich auf Unterschiede im Geburtenverhalten zurückzuführen. So weisen die beiden Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, in denen die Geburtenrate seit dem Geburteneinbruch nach der Wiedervereinigung am schnellsten wieder ansteigt, nur einen vergleichsweise geringen Rückgang der Schülerzahlen um 3 % (Mecklenburg-Vorpommern) bzw. sogar einen leichten Anstieg um 4 % (Sachsen) auf.

Sehr unterschiedliche Entwicklungen in den Bundesländern

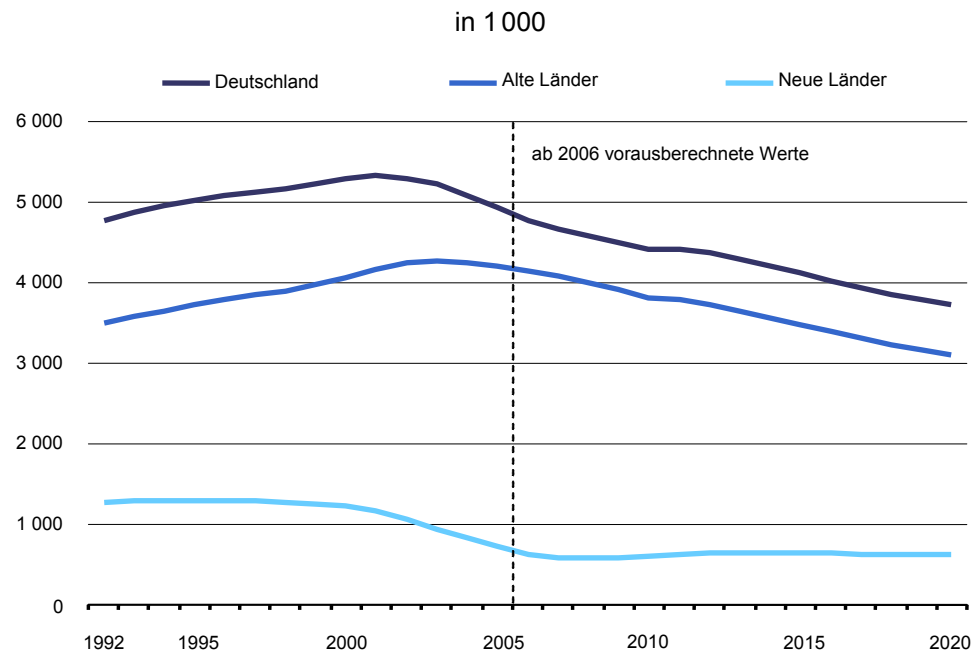
Sekundarbereich I

Sekundarbereich I

Zum Sekundarbereich I zählen die Jahrgangsstufen 5 bis 10 bzw. die Jahrgangsstufen 5 bis 9 (beim achtjährigen Gymnasium). In die Untersuchung einbezogen wurden die in einigen Bundesländern bestehenden 5. und 6. Jahrgangsstufen der Grundschulen, die Orientierungsstufen, die Haupt- und Realschulen, die Gymnasien, die Integrierten Gesamtschulen, die Freien Waldorfschulen und weitere Schularten mit mehreren Bildungsgängen.

Der Sekundarbereich I ist, gemessen an den Jahrgangsstufen und an der Schülerzahl, der größte Bereich im allgemein bildenden Schulsystem. Im Schuljahr 2005/06 besuchten knapp 4,9 Millionen Schüler den Sekundarbereich I. Dies war über die Hälfte aller Schüler an allgemein bildenden Schulen. Da über die Jahrgangsstufen des Sekundarbereichs I hinweg im Allgemeinen noch Schulpflicht besteht, liegt auch hier ein sehr enger Zusammenhang zwischen Schülerzahl und Anzahl Kinder und Jugendlicher in den entsprechenden Altersgruppen vor.

Abbildung 6: Schüler/-innen in der Sekundarstufe I 1992 bis 2020



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

**Sekundarbereich I:
Bisher vor allem
Rückgänge in
neuen Ländern**

War die Schülerzahl im Sekundarbereich I über die 1990er-Jahre hinweg in Deutschland noch kontinuierlich angestiegen, so führte die seit 1990 (mit Ausnahme eines leichten Anstiegs zwischen 1995 und 1997) rückläufige Zahl Neugeborener auch hier – zeitversetzt zum Primarbereich – seit Anfang des neuen Jahrtausends zu deutlich sinkenden Schülerzahlen. Ausgehend von einem Höchststand im Jahr 2001 von über 5,3 Millionen Schülern im Sekundarbereich I ist deren Anzahl bis zum Jahr 2005 um rund 390 000 auf gut 4,9 Millionen gefallen. Im alten Bundesgebiet stiegen die Schülerzahlen seit Anfang der 1990er-Jahre bis über den Jahrtausendwechsel hinaus kontinuierlich an und gingen erst seit dem Schuljahr 2004/05 leicht zurück. In den neuen Ländern stellte sich dagegen ausgehend von einem über die 1990er-Jahre hinweg nahezu unveränderten Niveau ab Beginn des neuen Jahrtausends ein deutlicher Rückgang der Schülerzahlen ein. Einige Jahre später als im Primarbereich wirken sich auch hier die Folgen rückläufiger Geburtenzahlen in den neuen Ländern in den Jahren nach der Wiedervereinigung und die Wanderungsverluste aus.

**Bis 2020:
Gut ein Fünftel
weniger Schüler
als heute**

Aufgrund der erwarteten Bevölkerungsentwicklung wird die Schülerzahl auch im Sekundarbereich I in Deutschland weiter deutlich zurückgehen. Nach den vorliegenden Berechnungen wird die Schülerzahl bis zum Jahr 2020 um gut 1,0 Millionen Schüler auf dann rund 3,7 Millionen abnehmen. Zu der Verringerung der Schülerzahl trägt neben der Bevölkerungsentwicklung auch die schon eingeleitete Verkürzung der Gymnasialzeit im Sekundarbereich I bei. Wie im Primarbereich wird auch hier die Schülerzahl im Westen stärker zurückgehen (– 24,8 %), während sie im Osten nahezu unverändert (– 1,5 %) bleibt. Die Ursache für die unterschiedliche Entwicklung in alten und neuen Ländern sind – mit einem entsprechenden Zeitverzug – die gleichen wie im Primarbereich.

Auf Länderebene sind besonders starke Rückgänge der Schülerzahlen im Saarland (– 30 %) und in Niedersachsen (– 27 %) zu erwarten. In Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ist dagegen aufgrund des Geburtenanstiegs ab Mitte der 1990er-Jahre mit einem Anstieg der Schülerzahlen im Sekundarbereich I zu rechnen.

Tabelle 9: Schüler/-innen in der Sekundarstufe I der allgemein bildenden Schulen *) 2006, 2010 und 2020

Land	Anzahl in 1 000			Veränderung 2020 gegenüber 2006	
	2006	2010 ¹⁾	2020 ¹⁾	absolut	%
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	4 137	3 819	3 111	- 1 026	- 24,8
Baden-Württemberg	682	637	511	- 171	- 25,0
Bayern	790	733	596	- 194	- 24,5
Bremen	36	34	29	- 7	- 19,1
Hamburg	86	81	81	- 6	- 6,4
Hessen	357	333	274	- 83	- 23,2
Niedersachsen	515	478	375	- 140	- 27,1
Nordrhein-Westfalen	1 182	1 055	880	- 301	- 25,5
Rheinland-Pfalz	252	237	189	- 64	- 25,2
Saarland	56	51	39	- 16	- 29,5
Schleswig-Holstein	181	179	136	- 45	- 24,7
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	633	607	623	- 10	- 1,5
Berlin	160	149	133	- 27	- 16,8
Brandenburg	104	98	101	- 4	- 3,4
Mecklenburg-Vorpommern	62	60	67	+ 4	+ 7,2
Sachsen	138	138	157	+ 18	+ 13,2
Sachsen-Anhalt	90	84	86	- 4	- 4,2
Thüringen	78	77	80	+ 2	+ 2,1
Deutschland	4 770	4 426	3 734	- 1 035	- 21,7

*) Ohne Förderschulen und Schulen für Erwachsene.

1) Ergebnisse der Modellrechnung.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Sekundarbereich II

Sekundarbereich II

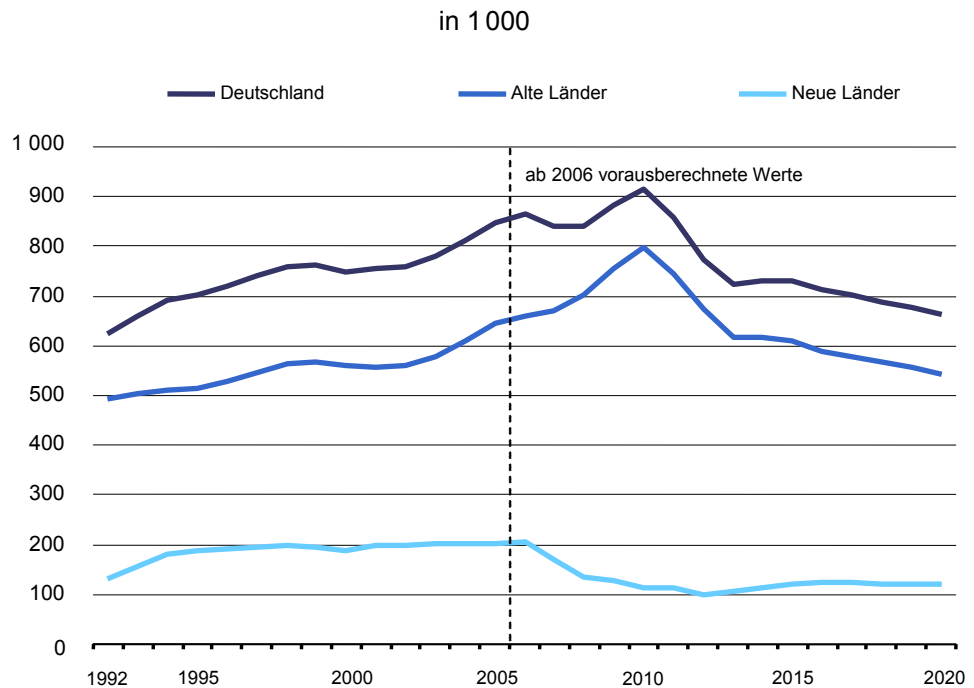
Der Sekundarbereich II bezeichnet an allgemein bildenden Schulen die gymnasiale Oberstufe. Dazu zählen im 9-jährigen gymnasialen Bildungsgang die Jahrgangsstufen 11 bis 13 der Gymnasien, der Integrierten Gesamtschulen und der Freien Waldorfschulen. Beim 8-jährigen gymnasialen Bildungsgang werden dem Sekundarbereich II die Jahrgangsstufen 10 bis 12 der entsprechenden Schularten zugeordnet. Die beruflichen Schulen (z. B. das berufliche Gymnasium) sind hier nicht einbezogen.

Nach Abschluss des Sekundarbereichs I besucht nur ein Teil der Schüler den Sekundarbereich II im Rahmen der gymnasialen Oberstufe. Im Schuljahr 2005/06 besuchten 30 % der Schüler, die die Sekundarstufe I abgeschlossen hatten, anschließend die gymnasiale Oberstufe. Der größere Teil der Schüler verlässt nach dem Sekundarbereich I das allgemein bildende Schulsystem mit einem Real- oder Hauptschulabschluss und wechselt in eine duale berufliche Ausbildung mit Besuch einer beruflichen Schule oder in ein vollzeitschulisches Angebot. Darüber hinaus verlassen Schüler die Sekundarstufe I ohne Schulabschluss. Die gut 849 000 Schüler an gymnasialen Oberstufen im Jahr 2005 stellten knapp ein Zehntel der Schüler an allen allgemein bildenden Schulen.

Seit 1992 deutlicher Anstieg an Schülern in gymnasialer Oberstufe

Die Schülerzahl in der gymnasialen Oberstufe ist in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten von knapp 630 000 im Jahr 1992 auf gut 849 000 im Schuljahr 2005/06 um fast 35 % gestiegen. Ursächlich hierfür ist nicht nur ein Anstieg der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im hier relevanten Alter – die Anzahl der 16- bis unter 19-Jährigen nahm in diesem Zeitraum von gut 2,5 Millionen auf gut 2,9 Millionen zu – sondern auch ein gestiegener Anteil Jugendlicher, die sich im Anschluss an den Sekundarbereich I für den Besuch der gymnasialen Oberstufe entscheiden. So ist seit Anfang der 1990er-Jahre der Anteil der Schüler in der gymnasialen Oberstufe von durchschnittlich rund 25 % eines Altersjahrgangs auf 30 % im Schuljahr 2005/06 gestiegen.

Abbildung 7: Schüler/-innen in der Sekundarstufe II 1992 bis 2020



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Demografische Entwicklung führt zu 23 % weniger Schülern an gymnasialer Oberstufe bis 2020

Nach der vorliegenden Modellrechnung wird die Schülerzahl in der gymnasialen Oberstufe bis zum Jahr 2020 wieder deutlich zurückgehen. Da die zukünftigen Entscheidungsmuster der Jugendlichen beim Übergang in die Sekundarstufe II nicht bekannt sind, basiert diese Modellrechnung auf der Annahme, dass sich das Bildungsverhalten nicht verändert, d. h. dass zukünftig der gleiche Anteil Jugendlicher und junger Erwachsener eines Altersjahrganges die gymnasiale Oberstufe besucht wie 2005. In diesem Fall würde die Schülerzahl in der gymnasialen Oberstufe bis zum Jahr 2020 nur aufgrund des in der Bevölkerungsvorausberechnung erwarteten Rückgangs der hier relevanten Bevölkerungsgruppe (schwerpunktmäßig die Altersgruppe der 16- bis unter 19-Jährigen) bis 2020 um 200 000 Schüler auf dann gut 660 000 Schüler sinken. Aus organisatorischen Gründen treten jedoch in den Jahren zwischen 2008 und 2012 für die Dauer von drei Jahren vorübergehende Zunahmen des Schülerbestands auf, wenn im Zuge der Verkürzung der Gymnasialzeit doppelte Jahrgänge (nach alter und neuer Regelung) den Sekundarbereich II besuchen und beenden (siehe Übersicht S. 38 im Anhang). Die Entwicklung verläuft dabei in Ost und West unterschiedlich. Im Westen steigt die Schülerzahl zunächst – bedingt durch die Umstellung auf das 8-jährige Gymnasium – noch kräftig an und beginnt erst ab 2011 zu fallen. Im Osten kommt es gleich zu Beginn des Vorausberechnungszeitraumes bis zum Jahr 2010 zu einem beschleunigten Rückgang aufgrund des Rückgangs an Jugendlichen in der relevan-

ten Altersgruppe; in den darauf folgenden Jahren verändern sich die Schülerzahlen dann kaum noch. Insgesamt fällt der Rückgang der Schüler in der gymnasialen Oberstufe gemäß der vorliegenden Modellrechnung im Osten, wo mit einer Zeitverzögerung von gut 15 Jahren der Geburteneinbruch in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre zum Tragen kommt, mit 42 % weit stärker aus als im Westen (– 18 %). Falls sich das Übergangsverhalten von der Sekundarstufe I in die gymnasiale Oberstufe verändert, wird sich dies natürlich auf die Schülerzahl in der gymnasialen Oberstufe unmittelbar auswirken.

Auch in diesem Bereich ergeben sich aufgrund der regionalen Bevölkerungsentwicklung deutliche Unterschiede bei der Veränderung der Schülerzahlen zwischen den einzelnen Ländern. Besonders ausgeprägte prozentuale Rückgänge sind auf dem Gebiet der neuen Länder in Sachsen-Anhalt (– 65 %) sowie in Mecklenburg-Vorpommern (– 60 %) und im alten Bundesgebiet im Saarland (– 49 %) zu erwarten. In Hamburg (– 7 %) fallen die prozentualen Rückgänge bedingt durch Zuwanderungen dagegen verhältnismäßig gering aus.

Große Unterschiede zwischen den Bundesländern

Tabelle 10: Schüler/-innen in der Sekundarstufe II der allgemein bildenden Schulen *) 2006, 2010 und 2020

Land	Anzahl in 1 000			Veränderung 2020 gegenüber 2006	
	2006	2010 ¹⁾	2020 ¹⁾	Absolut	%
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	659	799	543	– 116	– 17,6
Baden-Württemberg	97	125	82	– 15	– 15,9
Bayern	97	129	86	– 11	– 11,3
Bremen	8	10	7	– 1	– 18,1
Hamburg	21	21	19	– 2	– 7,4
Hessen	61	71	50	– 11	– 17,9
Niedersachsen	75	99	59	– 16	– 21,7
Nordrhein-Westfalen	219	270	179	– 40	– 18,2
Rheinland-Pfalz	42	40	34	– 8	– 18,9
Saarland	13	9	7	– 6	– 49,1
Schleswig-Holstein	26	26	21	– 5	– 19,0
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	205	115	120	– 85	– 41,5
Berlin	44	45	33	– 11	– 25,3
Brandenburg	36	20	20	– 16	– 43,5
Mecklenburg-Vorpommern	24	5	10	– 15	– 59,8
Sachsen	46	24	32	– 14	– 30,7
Sachsen-Anhalt	29	9	10	– 19	– 64,7
Thüringen	26	12	15	– 11	– 41,7
Deutschland	864	914	663	– 201	– 23,3

*) Ohne Förderschulen und Schulen für Erwachsene.

1) Ergebnisse der Modellrechnung.

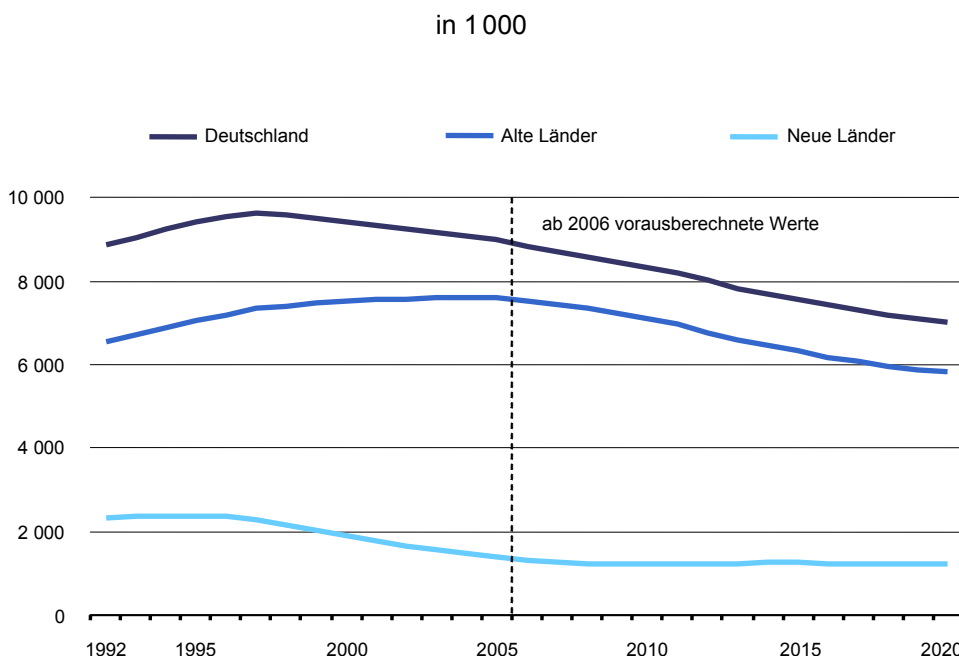
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Schülerzahl an den allgemein bildenden Schulen insgesamt

Zusammenfassend soll noch ein Blick auf die Entwicklung der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen insgesamt (Primarbereich, Sekundarbereich I und gymnasiale Oberstufe) geworfen werden. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre war in Deutschland zunächst ein Anstieg der Schülerzahl an den allgemein bildenden Schulen auf 9,6 Millionen Schüler bis zum Jahr 1997 zu beobachten.

Seitdem ging die Schülerzahl kontinuierlich zurück auf 8,9 Millionen im Schuljahr 2005/06. Während die Schülerzahl in den alten Ländern noch bis zum Jahr 2003 stetig anstieg und danach nur langsam zu fallen begann, ging diese in den neuen Ländern seit 1994 deutlich zurück. In den alten Ländern lag die Schülerzahl im Jahr 2005 eine Million oder 15 % über derjenigen im Jahr 1992. In den neuen Ländern war sie dagegen im gleichen Zeitraum um knapp eine Million gesunken, was hier in Relation zur gesamten Schülerzahl im Ausgangsjahr 1992 (2,3 Millionen) einen beträchtlichen Rückgang von 43 % bedeutet.

Abbildung 8: Schüler/-innen insgesamt 1992 bis 2020



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

20 % weniger Schüler im Jahr 2020 aufgrund demografischer Entwicklung

In Folge des in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung erwarteten fortgesetzten Rückgangs der jüngeren Bevölkerungsgruppen wird die Schülerzahl an allgemein bildenden Schulen in Deutschland zukünftig weiter abnehmen: gemäß der vorliegenden Berechnungen um 1,8 Millionen (– 20 %) auf 7 Millionen Schüler bis zum Jahr 2020. Von diesem Rückgang sind die alten Länder nicht nur absolut, sondern auch relativ deutlich stärker betroffen als die neuen Länder. In den neuen Ländern war – aus demografischen Gründen – der Rückgang in den Jahren zwischen 1995 und 2005 am größten, während in den alten Ländern – ebenfalls aus demografischen Gründen – der Rückgang vor allem ab Mitte dieses Jahrzehnts voll zum Tragen kommt. In den neuen Ländern wird nur bis 2010 ein leichter Rückgang um gut 100 000 Schüler erwartet, danach bleibt die Schülerzahl in etwa konstant. In den alten Ländern steht ein starker Rückgang der Schülerzahlen somit noch bevor.

Nach Bundesländern gibt es deutliche Unterschiede, die auf folgende demografische Gründe zurückzuführen sind:

- Wanderungsgewinne und -verluste
- Annahme leicht steigender Geburtenrate in den neuen Ländern in den nächsten Jahren bis auf das Niveau der alten Länder
- Basiseffekte aus der Vergangenheit wie z. B. Geburteneinbruch in den neuen Ländern nach der Wiedervereinigung und erst ab Mitte der 1990er-Jahre wieder steigende Geburtenrate

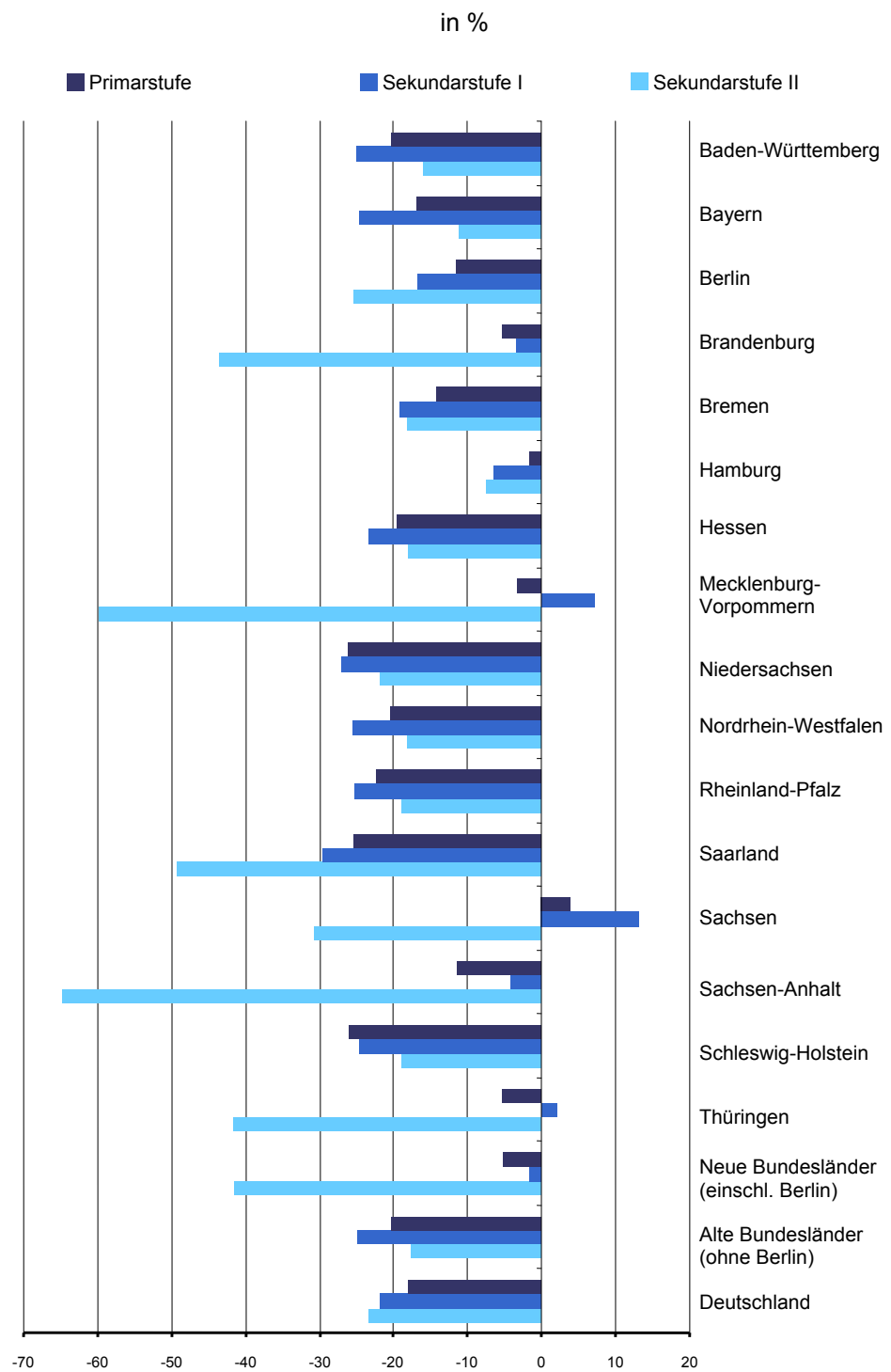
Tabelle 11: Schüler/-innen an den allgemein bildenden Schulen *) insgesamt 2006, 2010 und 2020

Land	Anzahl in 1 000			Veränderung 2020 gegenüber 2006	
	2006	2010 ¹⁾	2020 ¹⁾	absolut	%
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	7 522	7 108	5 826	- 1 696	- 22,5
Baden-Württemberg	1 238	1 173	959	- 279	- 22,6
Bayern	1 401	1 349	1 110	- 292	- 20,8
Bremen	69	65	57	- 12	- 17,3
Hamburg	167	159	159	- 8	- 4,8
Hessen	660	625	519	- 141	- 21,4
Niedersachsen	935	878	689	- 246	- 26,3
Nordrhein-Westfalen	2 155	2 025	1 660	- 496	- 23,0
Rheinland-Pfalz	462	430	353	- 109	- 23,6
Saarland	107	92	74	- 33	- 30,4
Schleswig-Holstein	328	311	247	- 81	- 24,7
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	1 327	1 221	1 207	- 120	- 9,1
Berlin	321	303	270	- 52	- 16,0
Brandenburg	218	198	195	- 23	- 10,7
Mecklenburg-Vorpommern	134	115	122	- 12	- 8,7
Sachsen	301	289	310	+ 9	+ 3,0
Sachsen-Anhalt	185	159	154	- 30	- 16,4
Thüringen	168	157	156	- 12	- 7,4
Deutschland	8 850	8 329	7 033	- 1 816	- 20,5

*) Ohne Vorschulen, Förderschulen und Schulen für Erwachsene.
1) Ergebnisse der Modellrechnung.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung 9: Veränderungsrate der Schülerzahlen 2020 gegenüber 2006



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

3.3 Ausblick

Welche Konsequenzen sind aus dem der demografischen Entwicklung folgenden erwarteten Rückgang der Schülerzahlen ableitbar? Weniger Schüler kann bedeuten, dass es weniger Klassen gibt, weniger Lehrer gebraucht werden und weniger Schulraum benötigt wird, was letztendlich zur Schließung einzelner Schulen führen kann. Andererseits könnten freiwerdende Ressourcen zu einer „Bildungs-offensive“ im Sinne einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung genutzt werden.

Verbesserung der Bildung ist eine zentrale Forderung und Chance, denn Bildung ist die beste Voraussetzung für zukünftigen individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand. Im Zuge des demografischen Wandels wird sich das Erwerbspersonenpotenzial verringern¹²⁾, gleichzeitig sinkt die Zahl der Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen. Der Anteil an qualifizierten Tätigkeiten in Industrie und Dienstleistung wird mit neuen technischen Entwicklungen weiter steigen. Die geringere Zahl an Schülern muss mit besserer Qualifikation einhergehen, um den Bedarf am Arbeitsmarkt zu decken. Es sind daher verstärkt Anstrengungen erforderlich, um gerade auch die Bildungschancen junger Menschen aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern und aus Familien mit Migrationshintergrund deutlich zu verbessern. Höhere Anteile junger Menschen sollten durch Berufsausbildung oder Hochschulstudium auf anspruchsvolle Berufstätigkeiten vorbereitet werden. Gleichzeitig ist anzustreben, dass mehr ältere Menschen zu qualifizierter Beschäftigung motiviert und fähig bleiben, indem neben gesundheitsförderlichen Arbeitsbedingungen das kontinuierliche berufliche Weiterlernen unterstützt und ausgebaut wird.

12) Wie sich die Zahl der potenziellen Erwerbspersonen durch die demografische Entwicklung verringern dürfte, wird in einem folgenden Heft zu den Auswirkungen des demografischen Wandels gezeigt.

Unterschiede zum Berechnungsansatz der Kultusministerkonferenz

Die Kultusministerkonferenz (KMK) veröffentlicht seit 1963 regelmäßig Schüler- und Schulabsolventenvorausberechnungen. Für die aktuelle Veröffentlichung vom Mai 2007¹³⁾ sind Schülerdaten von den Ländern nach einzelnen Schularten für den Zeitraum 2005 bis 2020 berechnet worden. Die Schülervorausberechnung der KMK unterscheidet sich sowohl hinsichtlich der Datengrundlage als auch der Berechnungsmethode von der vorliegenden Vorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die sich, anders als die Berechnungen der KMK, auf Schüler an allgemein bildenden Schulen beschränkt. Von der KMK werden neben Schülern an allgemein bildenden Schulen auch Zahlen für Schüler an beruflichen Schulen und für Schulabsolventen veröffentlicht, die im Beitrag der statistischen Ämter nicht berücksichtigt werden.

Die KMK baut ihre Berechnung auf den in den Ländern vorliegenden Modellrechnungen auf. Im Vorfeld werden hierfür Vereinbarungen zu den wichtigsten Parametern in der Kommission für Statistik der Kultusministerkonferenz abgestimmt. Die der letzten Berechnung zugrunde liegenden Bevölkerungsdaten der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wurden in der Zwischenzeit überarbeitet. Größere Abweichungen zwischen 10. und 11. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung gibt es insbesondere bei der Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 30 Jahren, die für Bildungsvorausberechnungen im Fokus stehen. Die Abweichungen sind in erster Linie auf die in der 10. Bevölkerungsvorausberechnung angenommenen höheren positiven Wanderungssalden mit dem Ausland zurückzuführen, die aufgrund der jüngsten Vergangenheit in der 11. koordinierten Vorausberechnung reduziert wurden. So wurde nach der mittleren Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 5) für das Bundesgebiet im Jahr 2020 eine Gesamtbevölkerung von insgesamt 82,82 Millionen Einwohnern und nach der Variante W1 der aktuellen 11. Vorausberechnung von 80,06 Millionen Einwohnern (- 3,3 %) errechnet. Noch deutlicher sind die Differenzen beider Vorausberechnungen bei der Bevölkerung im bildungsrelevanten Alter. Die Altersgruppe der 6 bis unter 30-Jährigen liegt im Jahr 2020 nach der 11. koordinierten Vorausberechnung bei 18,24 Millionen Personen und damit um 1,35 Millionen Personen niedriger als in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, was einem Rückgang um 6,9 % entspricht. Dies hat entsprechende Auswirkungen auf vorausberechnete Schülerzahlen, die in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt sind, und war ein Grund für die Berechnung des Schülerpotenzials.

Die Berechnungen der statistischen Ämter beschränken sich darauf, die Entwicklung des Schülerpotenzials der allgemein bildenden Schulen nach den drei Bildungsbereichen (Primarstufe, Sekundarstufe I und II) zu quantifizieren. Differenzierte Berechnungen nach Schularten (Haupt-, Realschule, Gymnasium, andere Schulformen) – wie dies beim KMK-Modell gemacht wurde – werden hier nicht angestellt. Auch werden keine Änderungen beim Übergangsverhalten von einem in den nächsten Bildungsbereich angenommen, sondern der Stand im Schuljahr 2005/2006 (Status-quo-Ansatz) wird für alle Vorausberechnungsjahre unterstellt. Bei der KMK-Berechnung wird auf die Schuleintrittsquoten der 6- bis 7-Jährigen fokussiert und anschließend deren schulische Laufbahn prognostiziert. In der KMK-Berechnung werden Binnenwanderungen nicht systematisch berücksichtigt, den Berechnungen der statistischen Ämter liegen dagegen die in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für jeden Altersjahrgang angenommenen Binnenwanderungen zugrunde. Änderungen des Einschulungstichtages in verschiedenen Bundesländern sowie Änderungen aufgrund der Verkürzung der Gymnasialzeit werden in beiden Rechenmodellen berücksichtigt. Länderspezifische Unterschiede, ob die Verkürzung der Gymnasialzeit in der Sekundarstufe I oder II erfolgt,

13) Siehe KMK 2007.

werden in der KMK-Vorausberechnung zugelassen, während in diesem Beitrag eine Verkürzung für alle betroffenen Länder in Sekundarstufe I (5 statt 6 Jahre) unterstellt wird.

Länderspezifische Regelungen zur früheren Einschulung und zur Einführung des Abiturs nach 8 Jahren

Bundesland	Frühere Einschulung		Einführung des Abiturs nach 8 Jahren: Schuljahre mit vier Jahrgängen in der Sekundarstufe II (Stand 2007)
	Vorverlegung des Einschulungstichtags um ...	Jahr des Inkrafttretens	
Baden-Württemberg	insgesamt 3 Monate	2005 bis 2007	2009/10 bis 2011/12
Bayern	insgesamt 6 Monate	2005 bis 2010	2008/09 bis 2010/11
Berlin	6 Monate	2005	2009/10 bis 2011/12
Brandenburg	3 Monate	2005	2009/10 bis 2011/12
Bremen	–	–	2009/10 bis 2011/12
Hamburg	–	–	2007/08 bis 2009/10
Hessen	–	–	2010/11 bis 2013/14 ¹⁾
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	2005/06 bis 2007/08
Niedersachsen	–	–	2008/09 bis 2010/11
Nordrhein-Westfalen	insgesamt 6 Monate	2007 bis 2014	2010/11 bis 2012/13
Rheinland-Pfalz	2 Monate	2008	wie bisher 8 ½ Jahre
Saarland	–	–	2006/07 bis 2008/09
Sachsen	–	–	bereits eingeführt
Sachsen-Anhalt	–	–	2004/05 bis 2006/07
Schleswig-Holstein	–	–	2013/14 bis 2015/16
Thüringen	1 Monat	2003	bereits eingeführt

1) Maximal 1,5 Jahrgänge.

Quelle: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2007), S. 374 und 375

- BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS (Hrsg.) (2008): *Schüler- und Absolventenprognose 2007*, München.
- BEHÖRDE FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG HAMBURG (2006): *Schülerlangzeitprognose der staatlichen Schulen in Hamburg*; <http://www.hamburg.de/schulstatistiken>.
- BIEN, W. und B. RIEDEL (2007), *Wie viel ist bedarfsgerecht? Betreuungswünsche der Eltern für unter 3-jährige Kinder*, in: Bien, W., TH. Rauschenbach und B. Riedel (2007) (Hrsg.): *Wer betreut Deutschlands Kinder?*, DJI-Kinderbetreuungsstudie, Berlin u. a., S. 267–280.
- BRACHAT-SCHWARZ, W., S. SCHWARZ-JUNG und R. WOLF (2008): *Zur voraussichtlichen Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen bis 2015*, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2008.
- FENDRICH, S., J. LANGE und M. SCHILLING (2007): *Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Arbeitsfelder Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahr 2015 in Westfalen-Lippe*, Münster.
- FIEDLER, R. (2008): *Die Schüler- und Absolventenprognose für allgemein bildende Schulen im Freistaat Sachsen bis zum Schuljahr 2020/2021*, in: Statistik in Sachsen, 2/2008, S. 108–110.
- KULTUSMINISTERIUM DES LANDES THÜRINGEN (2008): www.schulstatistik-thueringen.de Prognosen.
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (2006) (Hrsg.): *Auswirkungen des demografischen Wandels – Teil II, Statistische Analysen und Studie Nordrhein-Westfalen*, Band 36, Düsseldorf.
- LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN (Hrsg.) (2007): *Regionalisierte Schülerprognosen in Nordrhein-Westfalen 2007 – Schülerbestände 2006 - 2016, Schulabgänge 2007 - 2017*, Düsseldorf.
- LANDESINSTITUT FÜR SCHULENTWICKLUNG UND STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.) (2007): *Bildungsberichterstattung 2007 – Bildung in Baden-Württemberg*, Stuttgart.
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hrsg.) (2007): *Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2029/30*, Statistische Übersicht Nr. 360, Düsseldorf.
- NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG (2007): Bericht der *Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderung an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“*, Landtagsdrucksache 15/3900, Hannover.
- NIEDERSÄCHSISCHES KULTUSMINISTERIUM (2008): *Die niedersächsischen allgemein bildenden Schulen in Zahlen*.
- RAUSCHENBACH, TH. (2007): *Der Streit um die Zahlen – Bedarfsszenarien für unter Dreijährige und ihre Berechnungsgrundlagen*, in: Forum Jugendhilfe, 31. Jg., Heft 2, S. 58–62.
- RAUSCHENBACH, TH. und M. SCHILLING (2007a): *750 000 Plätze = 35 % = Rechtsanspruch? Ergänzungen zu einer unübersichtlichen Diskussionslage*, in: KomDat Jugendhilfe, 10. Jg., Heft 1, S. 13-15.

- RAUSCHENBACH, TH. und M. SCHILLING (2007b): *Erwartbare ökonomische Effekte durch den Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige auf 750 000 Plätze bis 2013*, München
(siehe www.dji.de/dasdji/home/news_0705_2_oekonomischeeffekte.pdf vom 21.01.2008).
- RAUSCHENBACH, TH., J. LANGE und B. RIEDEL (2007): *Pionierstimmung in der Kindertagesbetreuung – Ehrgeizige Ziele im Lichte aktueller Entwicklung*, in: *KomDat Jugendhilfe*, 10. Jg. Heft 1, S. 1–2.
- SEKRETARIAT DER STÄNDIGEN KONFERENZ DER KULTUSMINISTER DER LÄNDER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (2007): *Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020*, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz (KMK), Nr. 182, Bonn.
- STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2007): *Demografischer Wandel in Deutschland – Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern*, Wiesbaden.
- STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2008): *Demografischer Wandel in Deutschland - Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern*, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2004): *Kindertagesbetreuung in Deutschland – Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002*, Presseexemplar, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2006a): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2006b): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050, Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Ergebnisse nach den 12 Varianten sowie den 3 zusätzlichen Modellrechnungen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung)*, elektronische Publikation, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2007): *Bevölkerung Deutschlands nach Bundesländern bis 2050, Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Ländern*, elektronische Publikation, Wiesbaden.
- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2005): *Die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg – Eine Herausforderung für unsere Gesellschaft*, Statistische Analysen, Heft 3/2005, Stuttgart.
- STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ (2004): *Rheinland-Pfalz 2050: Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen, II. Auswirkungen der demografischen Entwicklung*, Bad Ems.
- WEISHAUPT, H. (2006): *Veränderungen im elementaren und sekundären Bildungsbereich durch demografischen Wandel*, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Statistik und Wissenschaft*, Band 6, Wiesbaden.
- WOLF, R. (2007): *Vorausrechnung der Schüler- und Schulabgängerzahlen bis 2025*, in: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 11/2005.

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
www.destatis.de
Infoservice
Telefon: 06 11 / 75 24 05
Telefax: 06 11 / 72 40 00
www.destatis.de/kontakt

Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon: 02 28 99 / 643 - 1
Telefax: 02 28 99 / 643 89 90 / 89 91
E-Mail: poststelle@destatis.de

Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin
Friedrichstraße 50
(Checkpoint Charlie)
10117 Berlin
Telefon: 030 / 18 644 94 34
Telefax: 030 / 18 644 94 30
E-Mail: i-punkt@destatis.de

Statistische Ämter der Länder

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 07 11 / 641 - 0
Telefax: 07 11 / 641 - 29 73
www.statistik-bw.de
E-Mail: auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München
Telefon: 089 / 21 19 - 0
Telefax: 089 / 21 19 - 15 80
www.statistik.bayern.de
E-Mail: info@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Hauptsitz Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Telefon: 03 31 / 39 - 4 44
Telefax: 03 31 / 39 - 4 18

Standort Berlin
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Telefon: 030 / 90 21 - 34 34
Telefax: 030 / 90 21 - 36 55
www.statistik-berlin-brandenburg.de
E-Mail: info@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon: 04 21 / 361 - 25 01
Telefax: 04 21 / 361 - 43 10
www.statistik.bremen.de
E-Mail: office@statistik.bremen.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Standort Hamburg
Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon: 040 / 42 83 1 - 0
Telefax: 040 / 42 83 1 - 13 33
www.statistik-nord.de
E-Mail: info-hh@statistik-nord.de

Standort Kiel
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon: 04 31 / 68 95 - 0
Telefax: 04 31 / 68 95 - 93 72
www.statistik-nord.de
E-Mail: info-sh@statistik-nord.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35 – 37
65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 38 02 - 0
Telefax: 06 11 / 38 02 - 8 90
www.statistik-hessen.de
E-Mail: info@statistik-hessen.de

Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon: 03 85 / 48 01 - 0
Telefax: 03 85 / 48 01 - 44 16
www.statistik-mv.de
E-Mail: statistik.auskunft@statistik-mv.de

Landesbetrieb für Statistik und
Kommunikationstechnologie
Niedersachsen (LSKN)
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon: 05 11 / 98 98 - 0
Telefax: 05 11 / 98 98 - 41 32
www.lskn.niedersachsen.de
E-Mail: auskunft@lskn.niedersachsen.de

Information und Technik
Nordrhein-Westfalen
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 94 49 - 01
Telefax: 02 11 / 94 49 - 21 04
www.it.nrw.de
E-Mail: statistik-info@it.nrw.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon: 0 26 03 / 71 - 0
Telefax: 0 26 03 / 71 - 19 44 44
www.statistik.rlp.de
E-Mail: info@statistik.rlp.de

Landesamt für zentrale Dienste
Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 06 81 / 501 - 00
Telefax: 06 81 / 501 - 59 15
www.statistik.saarland.de
E-Mail: presse.statistik@lzd.saarland.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon: 0 35 78 / 33 - 0
Telefax: 0 35 78 / 33 - 19 21
www.statistik.sachsen.de
E-Mail: auskunft@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt
Merseburger Straße 2
06110 Halle (Saale)
Telefon: 03 45 / 23 18 - 0
Telefax: 03 45 / 23 18 - 9 13
www.statistik.sachsen-anhalt.de
E-Mail: info@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon: 03 61 / 37 - 9 00
Telefax: 03 61 / 37 - 8 46 99
www.statistik.thueringen.de
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de